



VOLKSBUND FORUM

Ehren? Gedenken? Trauern? Erinnern?

Gedanken zur Kultur der Erinnerung in
Deutschland und der Rolle des Volksbundes


VOLKSBUND
Gemeinsam für den Frieden.


Volksbund Deutsche
Kriegsgräberfürsorge e.V.

Rolf Wernstedt

Ehren? Gedenken? Trauern? Erinnern?

**Gedanken zur
Kultur der Erinnerung in Deutschland
und der Rolle des Volksbundes**

VOLKSBUND FORUM, BAND 25

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.
Kassel 2019

Inhalt

1. Einleitung 5
2. Was kümmert uns der Krieg von gestern?,
Resümee der Tagung im Hessischen Landtag
2010 in Wiesbaden 11
3. Erinnern für die Zukunft –
Arbeit für Versöhnung und Frieden:
Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge
(Göttinger Erklärung), September 2016 19
4. Die Kultur der Erinnerung – Eckpfeiler
bundesdeutscher Identität, Vortrag in
Wedemark November 2017 25
5. Beispiele für Gedenkansprachen mit
erinnerungskultureller Dimension 55
 - a) Kollektivschuld, Verantwortung, Strafe
und Vergebung in der Bibel, Predigt im
Rahmen der Reihe „Harpstedter Kanzel“ am
11. August 2013, Christuskirche Harpstedt 55
 - b) Erinnern – Gedenken – Lernen, Ansprache
auf dem deutschen Soldatenfriedhof
Tarabya (Istanbul) am 23. April 2015 67
 - c) Die Kapitulation der Wehrmacht für den
norddeutschen Raum, die Niederlande und
Dänemark am 4. Mai 1945 am Timeloberg bei
Lüneburg, Ansprache zum 70. Jahrestag am
3. Mai 2015 in der Kirche in Deutsch-Evern 75

d) Über Trauer und Verbrechen und die Unauflöslichkeit von Widersprüchen, Rede auf der Gedenkfeier zum 50. Jahrestag der Eröffnung der deutschen Kriegsgräberstätte Costermano am 5. August 2017	87
e) Gedenken am Volkstrauertag ist nicht individualisierbar – die Wahrheit ist das Ganze. Rede zur Gedenkstunde am Volkstrauertag, 18.11.2018 in der Hamburger Michaeliskirche	97
6. Das Europa der Kriege – das Europa des Friedens, Rede auf einer Veranstaltung des Landesverbandes Niedersachsen des Volksbundes am 15. Mai 2019 im Industrie-Club Hannover	109
7. Elend und Glanz in 100 Jahren, Eindrücke nach der Lektüre der neuen Geschichte des Volksbundes (Hettling et. al. 2019)	127
Bisher in „Volksbund Forum“ erschienen	141
Impressum	144

Die in diesem Buch versammelten Aufsätze, Reden, Vorträge und Dokumente belegen meine Bemühungen als Vorsitzender des Landesverbandes Niedersachsen (2003 bis 2017) und als Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. (2005 bis 2014), die Gedenkarbeit des Volksbundes anschlussfähig an die allgemeinen Diskurse über deutsche Erinnerungskultur zu machen.

Mir lag und liegt daran zu zeigen, dass die spezifische und auch komplexe Arbeit des Volksbundes sich nicht erschöpfen darf in der Gräbersuche, der Gräberpflege und der Betreuung der Angehörigen gefallener deutscher Soldaten.

Der Titel weist darauf hin, dass es einen Unterschied macht, ob man von „Erinnerungskultur“ oder von „Kultur der Erinnerung“ spricht. Ich halte es für wichtig, dass wir in Deutschland damit umzugehen lernen, dass es von den Umständen und Betroffenheiten aus gesehen unterschiedliche Erinnerungen an die Kriege des 20. Jahrhunderts und ihre Folgen gibt. Sie differenziert zu betrachten, ihre jeweiligen Interdependenzen zu erkennen und daraus die historisch-politischen Urteile für die Zukunft abzuleiten sollte unsere Kultur der Erinnerung kennzeichnen. Dies zu lernen gibt es keine nachdrücklicheren Orte als die Kriegs-

gräberstätten und die Vernichtungsstätten, an denen man den Opfern sogar ein Grab verweigert hat.

Die praktizierte Gedenkkultur des Volksbundes hat sich bis in die 1990er Jahre auf das Schicksal der umgekommenen deutschen Soldaten konzentriert. Der Volksbund hat in dieser Hinsicht für das Andenken an die Toten und die Trauer der Angehörigen Hervorragendes geleistet. Die seit den 1950er Jahren vom Volksbund organisierten Jugendcamps, die die Pflege von Kriegsgräbern und Gedenkstätten, Begegnungen mit Jugendlichen anderer Länder und Kennenlernen anderer Länder beinhalten und den Gedanken des Friedens und der Versöhnung verbreiten, haben dazu wesentlich beigetragen.

Die Repräsentanten des Volksbundes haben immer Wert darauf gelegt, ihre Arbeit aus dem Streit der politischen Parteien und den lebhaften wissenschaftlichen, juristischen und politischen Diskursen über den Charakter des nationalsozialistischen Regimes und die Beurteilung der Rolle der Wehrmacht herauszuhalten. Das hat ihnen in bedeutenden Teilen der Politik und der Wissenschaft sehr lange den Vorwurf der Ignoranz oder gar des reaktionären Verhaltens eingetragen.

So hat sich die Erinnerung an die Soldaten gleichsam privatisiert. Das Gleiche geschah mit der Trauer um die Bombenopfer, die Vertriebenen, politisch und re-

ligiös Verfolgte und andere Opfergruppen. So entwickelten sich innerhalb Deutschlands, dazu noch einmal verschieden in der BRD und der DDR, verschiedene Erinnerungen, die keinen Raum ließen für die Frage, wo denn die Gesamtursache und die Verantwortung für das unendliche Leid lagen.

Die verschiedenen Erinnerungskulturen innerhalb Deutschlands, die die ausländischen Opfer (Kriegsgefangenen, Zwangsarbeiterinnen etc.) auch noch relativ unbeachtet ließen, harrten einer Gesamtreflexion, bevor man von einer einzigen Erinnerungskultur reden konnte.

Ich habe 2009 in meinem Büchlein „Deutsche Erinnerungskulturen seit 1945 und der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.“ (Band 2 dieser Reihe) darauf hingewiesen.

Spätestens mit der „Wehrmachtsausstellung“ (1995 bis 1999 und 2001 bis 2004) und den sich daran anschließenden öffentlichen und parlamentarischen Debatten war der Volksbund gefordert, sich seiner Arbeit neu zu vergewissern.

Es hatte sich immer wieder gezeigt, dass auf den deutschen Kriegsgräberstätten auch Tote lagen, die sich individuell nachweisbar schwerster Verbrechen schuldig gemacht hatten, ja sogar an Massentötungen unschuldiger Zivilisten beteiligt waren.

Wehrmachtsoffiziere, einfache Soldaten oder einzelne Einheiten, die sich schwerster Kriegsverbrechen schuldig gemacht hatten, wurden wissentlich oder unwissentlich auf die deutschen Soldatenfriedhöfe gebracht. Das führte dazu, dass diese neben der überwiegenden Zahl der Soldaten beerdigt wurden, die sich in ihrem militärischen Tun an die kriegsvölkerrechtskonformen Regeln gehalten hatten und in diesem Sinne „unbescholten“ waren.

Man muss den Gedanken ertragen lernen, dass über jedem deutschen Friedhof des Zweiten Weltkrieges der Schatten des Holocaust und im Osten auch des Vernichtungskrieges liegt. Das bedeutet selbstverständlich nicht, dass jeder deutsche Soldat als Täter zu betrachten wäre. Dies hat der Deutsche Bundestag in seiner bekannten Erklärung vom 14. Mai 1997 (Bundestagsdrucksache 13/7669) unmissverständlich formuliert.

Man sollte wissen, dass deutsche Soldaten als Teil einer Angriffsarmee Opfer, Täter und vielfach beides waren oder wurden. Dies macht die Gedenkarbeit nicht leichter, aber ehrlicher. In den in diesem Buch vorgelegten Texten habe ich versucht, die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen für Akte des Erinnerns, des Gedenkens und des Lernens zu ziehen. Das scheint mir besonders für die Jugend- und Bildungsarbeit von zentraler Bedeutung. Jedem Text ist eine kurze Bemerkung vorgeschaltet, die eine kurze Er-

läuterung des Entstehungszusammenhangs des folgenden Textes enthält.

Die Anlässe sind sehr verschieden und ergeben sich aus den Texten. Besondere gedankliche und rhetorische Sorgfalt ist daher bei Gedenkreden unterschiedlicher Anlässe geboten. Dass sich manchmal Gedanken wiederholen, ist dem Umstand geschuldet, dass die Grundgedanken jeweils an anderen Orten und Gegebenheiten durchgespielt wurden. Ihr Wahrheitsgehalt musste sich an jedem der Orte neu bestätigen, aber auch hinterfragen lassen.

Ich bin sehr froh, dass sich mit dem Leitbild des Volksbundes und der Göttinger Erklärung des Vertretertages, des höchsten Beschlussgremiums des Volksbundes, diese komplexe Sicht für den Volksbund durchgesetzt hat.

Die Göttinger Erklärung basiert auf einer Textvorlage, die ich mit der Generalsekretärin des Volksbundes, Daniela Schily, im September 2016 formuliert habe.

Für notwendige Korrekturen, sinnvolle Ergänzungen und kluge Hinweise danke ich Frau Kerstin Wohne vom Friedrich-Verlag und Herrn Dr. Martin Dodenhoeft aus der Bundesgeschäftsstelle des Volksbundes in Kassel. Für die letzten Korrekturen sorgte dankenswerter Weise Ursula Voigt und Coskun Tözen.

Was kümmert uns der Krieg von gestern?

Anmerkungen zum Ergebnis der Tagung im Hessischen Landtag 2010 in Wiesbaden

Die Tagung „Was kümmert uns der Krieg von gestern? Perspektivenwechsel im Gedenken an die Toten der Weltkriege“ fand am 25.11.2010 im Hessischen Landtag in Wiesbaden statt. Sie wurde veranstaltet vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Landesverband Hessen, der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung, der Evangelischen Akademie Arnoldshain und dem Hessischen Landtag.

Zu Beginn der Veranstaltung wies der Präsident des Volksbundes Reinhard Führer darauf hin, dass es neben der Anlage und Pflege der Kriegsgräber sowie der Betreuung der Angehörigen eine zweite Hauptaufgabe des Volksbundes gebe, nämlich den zeitgemäßen Umgang mit einer Gedenkkultur, die sich in der Teilnahme an den öffentlichen Diskursen zur historischen und politischen Bildung im Sinne der Friedensarbeit verstehe. Der Volksbund sei mehr als nur ein „landschaftsgärtnerischer Verein“.

In drei grundlegenden Referaten erläuterten Prof. Dr. Harald Welzer, Essen, Oberstleutnant Martin Berg vom Bundesvorstand des Deutschen Bundeswehrverbandes sowie

Dr. Martin Düringer als Direktor der Evangelischen Akademie Arnoldshain ihre Perspektiven und Gedanken zu Fragen der Erinnerung an die Weltkriege, ihre Entstehungsgründe sowie die Folgerungen daraus.

Das verbandspolitische Ergebnis der Tagung war der Beschluss der Vertreterversammlung des Volksbunds, einen Tag später, am 26.11.2010, eine Kommission unter der Leitung des damaligen Vizepräsidenten des Volksbundes Volker Hannemann einzusetzen, die die organisatorischen und inhaltlichen Reformen erarbeiten sollte. Die Ergebnisse lagen 2013 vor und bilden die Grundlage der heutigen Arbeit des Volksbundes.

Aus diesen Vorträgen sowie der Diskussion habe ich Überlegungen und Vorschläge für die zukünftige erinnerungskulturelle Arbeit des Volksbundes vorgetragen, über die sich der Volksbund Klarheit verschaffen und zu denen er sich positionieren sollte.

*

1. Die populäre Forderung nach einer „europäischen Erinnerungskultur“ ist illusorisch. Die Erinnerung in den Ländern, die am Ersten und Zweiten Weltkrieg beteiligt waren, ist davon abhängig, ob sie Überfallene waren oder Verbündete, ob sie Sieger waren oder Verlierer oder beides (Italien). In Osteuropa ist durch den Übergang von der deutschen Aggression in die Diktatur der stalinistisch geprägten Sowjetunion und

ihres Herrschaftsbereichs die Erinnerungskultur mehrschichtig. Die vorbehaltlose Anerkennung des Holocaust als eines von Deutschland ausgehenden Zivilisationsbruchs wird überlagert durch die Erinnerung an die Deportation ganzer Bevölkerungsteile in die Sowjetunion.

Wenn es eine gemeinsame Verantwortung der europäischen Länder zur Bewahrung des Friedens gibt, ist dies nur denkbar unter der Anerkennung verschiedener Erinnerungen. Eine europäische Erinnerungskultur kann nur gedacht werden als „Einheit in der Unterschiedlichkeit“, deren gemeinsamer Ausdruck der Wille ist, „sich aufeinander einlassen zu wollen und zu können“ (Frau Prof. Dr. Popp) und für den Frieden auch gemeinsam verantwortlich zu sein.

2. Der materielle Ausgangspunkt der Arbeit des Volksbundes, das Kriegsgrab, markiert das Ende eines Gewaltprozesses. Erfolgreicher Bildungsarbeit muss aber daran gelegen sein, den Beginn der Gewaltprozesse zu rekonstruieren, um für die Gegenwart und Zukunft unfriedlichen Entwicklungen entgegen treten zu können. Die Gewaltquellen, seien sie historischer, sozialer, psychologischer, religiöser oder kultureller Natur, gilt es zu identifizieren und zu bearbeiten. Dies ermöglicht es auch, die unterschiedlichen Opfergruppen in den politischen Gesamtzusammenhang zu stellen und ihn nicht hinter einer allgemeinen Trauergeste verschwinden zu lassen. Ge-

rade weil der konkrete Tod unterschiedliche Bezüge hat, ist es möglich, ihm argumentativ gerecht zu werden. Das gilt auch für den Tod der Soldaten.

3. Die öffentlichen Zeugnisse von Gedenken in Form von Denkmälern, Ritualen, Ehrenmalen, besonders markierten Tagen (Volkstrauertag, Holocaust-Gedenktag) sind auf ihre jeweilige Angemessenheit hin zu befragen und ihr Charakter als Ausdruck eines zeitbedingten Verständnisses zu benennen. Nach dem Verstehen kommt das Bewerten.

Insofern ist auch die aktuelle Diskussion um ein würdiges und modernes Gedenken an Gefallene in kriegerischen Einsätzen Teil der Arbeit des Volksbundes. Die deutsche Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee. Ihr Selbstverständnis fußt ausdrücklich nicht auf den Traditionen der Wehrmacht oder der Armeen und Flotten des Ersten Weltkrieges.

4. Die Gedenkarbeit des Volksbundes hat sich der Tatsache zu stellen, dass die Wehrmacht einen „Angriffs- und Vernichtungskrieg“ (einstimmige Feststellung des Deutschen Bundestages am 15. Mai 1997) in der Verantwortung des nationalsozialistischen Deutschland geführt hat. Die toten deutschen Soldaten können daher Täter, Opfer oder beides zugleich sein. Es ist nicht auszuschließen, dass auf jeder deutschen Kriegsgräberstätte auch schuldig gewordene Täter liegen. Der Schatten des Holocaust ist nicht wegdisku-

tierbar. (Auf dem deutschen Soldatenfriedhof in Costermano am Gardasee liegen neben den tausenden Wehrmachtssoldaten nachweislich drei der Hauptverantwortlichen für die Ermordung von zwei Millionen polnischen Juden. Auf dem deutschen Soldatenfriedhof in La Cambe in der Normandie liegen neben Wehrmachtssoldaten tausende SS-Soldaten begraben, darunter die Verantwortlichen des Massakers von Oradour.)

Die Schuld darf in der Bildungsarbeit nicht zu einem Dauervorwurf für die unbeteiligten Generationen nach dem Krieg führen, sondern muss in die Haltung einer Verantwortung für die Zukunft transformiert werden.

Gedenken an und Trauer um alle Toten der Kriege darf politisch und historisch nicht zur Verwischung der Verantwortlichkeiten führen. Dies macht den Zwiespalt der deutschen Erinnerung aus und ist für die Deutschen der schwierigste Teil.

5. Didaktisch besonders fruchtbar und motivierend wirkt das Anliegen des Volksbundes, wenn es gelingt, die neue Situation zu thematisieren, dass es seit einigen Jahren erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg wieder deutsche Kriegstote gibt. Die Einsätze der Bundeswehr im Ausland, vornehmlich in Afghanistan, führen zu einer problemorientierten Diskussion über die heutige Art, Sicherheit und Frieden zu sichern.

Das Thema ist aktuell. Auch bei unterschiedlicher politischer Einschätzung zu der Berechtigung des jeweiligen Einsatzes sollte das Gefühl der Soldaten, in der Achtung der Bevölkerung nicht genügend gewürdigt zu werden, ernst genommen werden. Sie sind im Auftrag des Parlaments und im Rahmen von UN-Beschlüssen im Dienst, nicht im Dienst imperialer, militärischer oder ökonomischer Interessen.

6. Die Bildungsarbeit des Volksbundes muss sich stärker auf die tatsächliche multikulturelle Realität heutiger deutscher Schulklassen und Jugendkultur einlassen. Die Voraussetzungen dafür sind beim Volksbund besonders günstig, da er durch die jahrzehntelange Arbeit in seinen internationalen Jugendcamps, in seinen Jugendbegegnungs- und Bildungsstätten und Seminaren bereits Erfahrungen vorweisen kann. Da man aber davon ausgehen muss, dass es trotz Integrationswilligkeit auch eigene nationale und familiale Erzählungen über Krieg und Verantwortung, Schuld und Sühne gibt, sollte dies ausdrücklich thematisiert werden.

7. Da sich nach der Fertigstellung der großen Friedhöfe im Ausland die Bildungsarbeit des Volksbundes schwerpunktmäßig im Inland abspielen wird, muss man didaktisch noch differenzierter als bisher auf die verschiedenen Opfergruppen der in Deutschland mehr als 14 000 Kriegsgräberstätten eingehen.

Kriegsgräberstätten in Deutschland müssen als heimatgeschichtliche Realität verstanden werden. Es ist noch nicht im allgemeinen Bewusstsein, dass auch tote Zwangsarbeiterinnen, KZ-Gefangene, Euthanasieopfer, Bombenopfer, Kriegsgefangene, Vertreibungstote, gestorbene Zwangsarbeiter/innen-Kinder und alle in Folge von Kriegshandlungen Umgekommenen Kriegstote sind. Es geht nicht nur um Soldaten, wenn von Kriegstoten die Rede ist. Aber dennoch bleibt es ein gesetzlicher Auftrag für den Volksbund, auch für die etwa eine Million deutscher Soldaten, die in sowjetischer Kriegsgefangenschaft gestorben sind, nach Möglichkeit die Gräber zu finden und zu pflegen.

8. Es gibt keine Organisation in Deutschland, die für friedenspädagogische Arbeit ein höheres Potential besitzt als der Volksbund. Sowohl die Vielzahl der Lernorte im In- und Ausland als auch die Vielschichtigkeit der Themen, die mit historischem Bezug politisch bildend herangezogen werden können, ist einzigartig. Der Volksbund ist die einzige Organisation, die im Inland wie im Ausland sowohl praktische Arbeit, intellektuellen Anspruch als auch persönliche Anknüpfungspunkte verbinden kann. Die Adressaten der Bildungsarbeit des Volksbundes sind folgerichtig im Inland wie im Ausland zu finden.

Der Volksbund ist eine Instanz, die einzigartiges Geschichtslernen anbieten kann, weil er mit Verweis auf die von ihm zu anzulegenden und zu pflegenden Grä-

ber nicht nur über Gewalt, Krieg und Frieden theoretisiert, sondern reale Anschauung bietet. Er sollte es offensiv betreiben.

Erinnern für die Zukunft – Arbeit für Versöhnung und Frieden: Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (Göttinger Erklärung)

**Erklärung des Bundesvertretertages
in Göttingen am 23./24. September 2016**

Die Zukunft unseres Landes hängt eng mit der Zukunft Europas zusammen. Sie wird nur in guter Form gestaltet werden können, wenn Menschen sich verstehen, wenn sie ihre Konflikte ohne Gewaltanwendung austragen, wenn der Frieden zwischen den Völkern gesichert ist. Diesem Ziel fühlt sich der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge zutiefst verpflichtet.

Das 2016 in Göttingen verabschiedete Leitbild gibt ihm für die nächsten Jahre die Richtung seiner Arbeit vor. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge

- sucht nach den deutschen Kriegstoten, birgt, identifiziert und bestattet sie;
- hat neben den gefallenen deutschen Soldaten auch die anderen Toten, die durch Krieg und Gewalt Herrschaft, nicht zuletzt durch Verfolgung, Rassenhass, Flucht und Vertreibung ihr Leben verloren, im Blick;
- betreut die Angehörigen der Opfer;

- leistet einen wichtigen Beitrag zur deutschen Gedenkkultur;
- sieht das Gedenken als europäische Aufgabe und organisiert diese durch enge Zusammenarbeit mit Institutionen im In- und Ausland;
- bringt sich in der schulischen und außerschulischen Bildung mit vielfältigen Projekten ein und arbeitet vor allem mit jungen Menschen an den Gräbern für Versöhnung und Frieden.

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge arbeitet – seit 1990 auch in den neuen Bundesländern – als zivilgesellschaftliche Organisation im Rahmen völkerrechtlicher Verpflichtungen, im Auftrag des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung. Er nimmt damit eine gesamtgesellschaftliche und staatliche Verpflichtung wahr, die nach wie vor überwiegend aus privaten Mitteln finanziert wird. Die Zahl der Menschen aus der Kriegs- und Kriegskindergeneration nimmt jedoch ab. Damit gehen auch ihre freiwilligen Zuwendungen deutlich zurück. Der Volksbund wird sich weiter intensiv um die Unterstützung der Bevölkerung bemühen. Dennoch wird in den nächsten Jahren der Staat stärker gefordert sein, seine Arbeit zu unterstützen.

Die Existenz der Kriegsgräber ist nach dem Genfer Abkommen von 1949 und dem deutschen Gräbergesetz von 1952 und den folgenden Jahren auf Dauer zu sichern. Über 830 Kriegsgräberstätten im Ausland hat

der Volksbund in seiner Obhut. Bei der Gestaltung der rund 15 000 Kriegsgräberstätten im Inland steht der Volksbund den kommunalen, kirchlichen und anderen Trägern der Friedhöfe beratend und helfend zur Seite. Er hat in den vergangenen 25 Jahren in den Ländern des ehemaligen Ostblocks weit über 850 000 Tote umgebettet, viele davon identifiziert und ihre Familien informiert. Diese Arbeit ist auch über 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges noch lange nicht beendet.

Die Gräber der Kriegstoten sind Orte individueller Trauer. Dort gedenken Menschen ihrer verstorbenen Angehörigen. Aber die Gräber dienen auch der kollektiven Erinnerung, sie sind Ausdruck der Gedenkkultur unseres Landes. Sie können wegen des Charakters des Zweiten Weltkrieges niemals Ort nationalistischer Heldenverehrung sein.

Die Arbeit des Volksbundes an den Soldatengräbern ergänzt die von zahlreichen anderen Organisationen und Institutionen getragene Arbeit an den Gedenkstätten und Opferorten. Sie nimmt dabei die komplexe Erinnerung mit in den Blick, die sich aus der Tatsache ergibt, dass Soldaten im Einsatz Opfer, Täter oder beides zugleich gewesen sein können.

Die Kriegsgräberstätten und Gedenkstätten sind für uns Deutsche nach dem von Deutschland mitverantworteten Ersten Weltkrieg und dem durch das natio-

nalsozialistische Deutschland verschuldeten Angriffs- und im Osten als Vernichtungskrieg geführten Zweiten Weltkrieg Orte erhöhter gedenk- und erinnerungspolitischer Verpflichtung und Aufklärung.

Der Volksbund wendet sich in Übereinstimmung mit der Auffassung des Deutschen Bundestages gegen pauschale Schuldzuweisungen. Er orientiert sich in seinen Präsentationen und seiner Bildungsarbeit an der historischen Forschung und wirkt daran mit, Schuld und Verantwortung in ihren historischen und politischen Zusammenhängen herauszuarbeiten.

Die Tätigkeit des Volksbundes konzentriert sich nicht auf die Vergangenheit. Sie ist darauf ausgerichtet, ein Lernen für die Zukunft zu ermöglichen und zu fördern. Er arbeitet dabei eng mit Verbänden und Institutionen im In- und Ausland, nicht zuletzt im Bildungsbereich, zusammen.

Deswegen hat in den vergangenen Jahren neben der auf das Kriegsgrab, die Kriegstoten und ihre Angehörigen bezogenen Tätigkeit die schulische, außerschulische und erwachsenenpädagogische Arbeit eine immer höhere Bedeutung für das Selbstverständnis und Handeln des Volksbundes bekommen. Dieser Arbeitsbereich wird weiter ausgebaut.

Seit mehr als 20 Jahren trägt der Volksbund durch einschlägige Publikationen, erinnerungspolitische Ta-

gungen, öffentliche Diskussionen, neue Formen des Volkstrauertages durch Mitgestaltung von Jugendlichen, Konferenzen mit Stiftungen, Kommunen, Lehrerverbänden, Universitäten und anderen Organisationen seinen Teil zum öffentlichen Diskurs bei.

Der Volksbund betreibt vier Jugendbegegnungs- und Bildungsstätten – davon drei im nahen europäischen Ausland – und eine weitere Bildungsstätte im Inland. Er wird diese Aktivitäten, die darauf zielen, Jugendliche mit den Schrecken des Krieges und der Notwendigkeit von Frieden und Verständigung vertraut zu machen, verstärken.

Um diese Aufgaben engagiert und sachkundig wahrnehmen zu können, unterzieht sich der Volksbund seit Jahren einer Reform und wird diesen Veränderungsprozess auch künftig konsequent weiterführen. Er bittet alle Menschen, gesellschaftliche Institutionen und staatliche Stellen, denen Frieden ein Anliegen ist, ihn dabei aktiv zu unterstützen.

Die Kultur der Erinnerung – Eckpfeiler bundesdeutscher Identität

Vortrag im Rahmen der Geschichtsreihe
„Die Wedemark von 1930 bis 1950“,
Bürgerhaus in Bissendorf, 9. November 2017

Der Bürgermeister der Stadt Wedemark und der örtliche Heimatverein hatten mich gebeten, einen Vortrag zum aktuellen Problem der Erinnerung und seine Bedeutung für das Selbstverständnis des heutigen Deutschland zu halten. Da in Wedemark viele Intellektuelle und historisch-politisch Interessierte aus dem Großraum Hannover engagiert sind, habe ich versucht, die aus der Volksbundarbeit erwachsenen Themen und Erkenntnisse zur Erinnerungskultur etwas zu systematisieren.

*

I. Begriffliches

1. Erinnerung

Nach Aleida Assmann ist zu unterscheiden zwischen fünf Perspektiven der Erinnerung:

- individuelle Erinnerung (einzeln und als Familie und naher Lebensraum);
- kollektive Erinnerung (Erinnerung an Dinge und Ereignisse, die alle in einer Gesellschaft betreffen wie

- Krieg, Katastrophen, Notzustände wie Hunger, politische Katastrophen etc.);
- gesellschaftliche (soziale) Erinnerung, wie spezifisch eine soziale Gruppe betreffende Ereignisse (lokale Ereignisse, Fluchterfahrungen, berufliche Erlebnisse ...);
 - wissenschaftlich reflektierte, diskursive Erinnerung (alles, wonach man fragt und was durch Kommunikation für viele Bestandteil des Gedächtnisses wird, etwa Ergebnisse historischer Forschung sowie
 - offizielle, politisch-sozial gewollte und propagierte Erinnerung.

Alles zusammen genommen macht die Erinnerungskultur aus.

2. Erinnerungskultur

„Die Erinnerungskultur“ als fest abgeschlossenen, inhaltlich-normierten Tatbestand gibt es nicht. Der Begriff ist neu. Er meint das, was die Menschen über sich, ihre Familie, ihren sozialen Raum, ihren regionalen oder nationalen Lebensraum, evtl. ihre politisch und historisch vorgetragene und gelebte Eingebundenheit leben und erzählen.

3. Erinnern

Sich erinnern ist zu unterscheiden von dem Erinnern (transitiv).

a) Wer sich erinnert, erzählt oder rekonstruiert Selbst-erlebtes. Dies ist individuell, selektiv und gewollt.

Jeder weiß, dass das Erinnernte richtig, aber auch falsch sein kann. Das Richtige kann sich auf die Umstände und den Kern eines Ereignisses oder eines Tatbestandes oder eine Aussage beziehen. Es ist aber immer zugleich eine bestimmte Interpretation des Erinnernten, in dem Irrtümer, Weglassungen, Verdrängungen, Lügen, Übertreibungen, Ausgewähltes und damit Bewertetes eine Rolle spielen können.

Man kann sich seiner Erinnerung nie sicher sein. Sie kann sich auch im Laufe der Zeit verändern, weil etwas vergessen oder anders interpretiert wird. Deswegen ist die aus der Zeit stammende Quelle (Berichte, Briefe, Überlieferungen, Aufzeichnungen etc.) so wichtig. Quellengestützte Aussagen über Vergangenes erhöht die Sicherheit der Richtigkeit. Aber auch Quellen unterliegen selbstverständlich der kritischen Nachfrage, zumal es bewusste Fälschungen oder selbst wieder unvollständige und/oder interessegeleitete Erinnerungen gibt, die in Quellen auftauchen.

Es gibt auch so fest gefügte Erinnerungen, die mit Freude, Einmaligkeit, Erschütterung oder anderen tief sitzenden Eindrücken verbunden sind, dass sie den Charakter eines unumstößlichen Tatbestandes zu erfüllen scheinen. Das kann bei negativen Erlebnissen auch bis zu traumatischen Erscheinungen führen.

Die Glaubwürdigkeit und damit Richtigkeit solcher Erinnerungen kann durch die Nennung von signifikanten scheinbar nebensächlichen Tatbeständen untermauert werden.

b) Etwas erinnern meint, eine vergangene Tat, Rede, Ereignis zu benennen.

Dieser Benennung geht ein Interesse voraus, weshalb man das tut. Also entweder

- reines Wissensinteresse (was gewesen ist), oder
- Überlieferungsinteresse (was man in Familie und Bildungseinrichtungen erzählen und damit sichern will), oder
- politisches Interesse, was man übergreifend als Wissens- und Überzeugungsbestand geltend haben will.

Initiatoren eines solchen Erinnerns können Einzelpersonen, soziale Gruppen, Medien, Verbände, gesellschaftliche Lobbyinteressen oder die Politik sein. Dieses Erinnern ist immer absichtsvoll und interessegeleitet. Es begegnet uns in Erinnerungstagen, Zeitungsartikeln, Fernsehsendungen, Büchern, wissenschaftlichen Abhandlungen und politischen Meinungsbildungen.

Wenn man von Erinnerungskultur redet, meint man in der Regel diesen Teil des Erinnerns.

II. Historisches

Jedes individuelle Erinnern ist verwoben mit kollektiven Erfahrungen, die über das Individuelle hinausgehen. Schon der Besuch einer Kindertagesstätte oder Schule ist eine gesellschaftlich-politische Erfahrung, weil man beides nicht allein kann, sondern gezwungen wird, dies zu tun. Alle individuellen Erlebnisse, die man dort macht, sind kollektiv vermittelt.

Dasselbe gilt für alles, was man im Beruf erlebt. Die Lebensvollzüge, die man dort erlebt, geschehen in bestimmten Regelmäßigkeiten (Zeiten, normierte Anforderungen, verpflichtendes Verhalten). Die Freiheitsvorstellungen, die wir haben, entzündeten sich an der Frage, ob alles nötig ist, was geregelt wird, oder nicht.

Aber schon bei der Betrachtung dieser Tatbestände vermischen sich individuell-familiäre und allgemeine Gesichtspunkte. Zum Beispiel war die Schule von Eltern und Großeltern anders als die heutige. Erziehungsstil und Inhalte, Schulformen und Hilfsmittel, Anleitung und Selbständigkeit sind von Generation zu Generation unterschiedlich und werden sowohl familiär als auch gesellschaftlich-politisch thematisiert, bewertet und ggf. geändert. Es gibt ein kollektives Erinnern an die Schule, aber individuell und zeitlich/generationenabhängig unterschiedlich geprägt.

Besonders signifikant ist dies, wenn man die im engeren Sinne historisch-politischen und kulturellen Dimensionen betrachtet. Worauf haben die Herrschenden aus Kirche, Militär und Politik Wert gelegt, dass man etwas können, wissen und davon überzeugt sein soll?

a) Die Kirche ...

... hat zu Frömmigkeit und Beherrschung der religiöser Riten (Gottesdienste, Feiertage, Lieder, Einhaltung von allgemein befolgten Riten wie Geburt, Taufe, Reife, Trauung und Beerdigung etc.) aufgerufen und deren Akzeptierung verlangt bzw. erwartet.

Nichts ist in einer Gesellschaft prägender als diese Dimension, ganz gleich, ob sich jemand selbst für religiös hält oder nicht. Das gilt für jede Gesellschaft. Hier ist das kollektive Gedächtnis ganz stark und prägt das Zugehörigkeitsgefühl und damit das kulturell/ religiös bestimmte Gedächtnis

b) Die Bildungseinrichtungen und damit die Verantwortlichen für Schule und deren Inhalte ...

... haben seit dem 19. Jahrhundert verstärkt Geschichtserzählungen, ganz gleich ob in Form von Geschichtsstunden oder in allgemeinen Zusammenhängen, als Legitimationsinstrument verwandt.

Erinnern im transitiven Sinn wurde damit als Indoktrinationsraum verstanden.

Die aufkommenden nationalen Perspektiven der einzelnen Völker und Herrschaften wurden selbstverständlich, auch in Deutschland. Dies ist der Ort der bewussten und absichtsvollen Konstruktion eines kollektiven historischen Gedächtnisses, das der Identität der Adressaten diene. Die auf die nationale Identität ausgerichtete Bemühung sollte bewusst dazu führen, dass Menschen, die sehr lange eine gemeinsame Geschichte hatten, sich dieses Umstandes bewusst werden und sich dadurch als Gemeinschaft fühlen konnten und auch so gesehen wurden.

Dieses Erinnerungskonstrukt konnte in Deutschland in Konkurrenz zu den traditionellen monarchischen Legitimationsbedürfnissen geraten. Deutschland hat in das nationale Narrativ bis in den Ersten Weltkrieg hinein die monarchischen Legitimationsabsichten integriert.

Man braucht sich nur die sog. Realienbücher der Volksschulen vor 1914 anzuschauen, in denen die rührseligsten Geschichten aus den monarchischen Familien erzählt werden (in Preußen die Hohenzollern unter Einschluss Friedrichs II. und Wilhelms II., in Bayern die Wittelsbacher, in Hannover bis 1866 die Welfen usw.). Die Absicht war klar: Die Erinnerung und Schilderung des Gottesgnadentums der Monar-

chien sollte den historisch-politischen Herrschaftsanspruch bestärken.

Zuwiderlaufende Bestrebungen wie die demokratischen Bewegungen seit 1848 oder das katholische Selbstbewusstsein (Windthorst!) drangen kaum vor, sondern fristeten in ihren Parallelgesellschaften und Milieus ihren Teil der Erinnerung.

Die nationale Erinnerung wurde an signifikante Kriegereignisse wie an den Deutsch-Französischen Krieg oder an Kolonialereignisse angeknüpft. Der Sedans-Tag und seine feierliche Begehung gehörten genauso zum nationalen Identitätsritus wie Kaisers Geburtstag. Unterfüttert wurde diese Perspektive durch das entsprechende Liedgut, Literatur und Gedichte.

Dabei ist in Deutschland interessant, dass seit der Wiederentdeckung der griechisch-römischen Antike durch Winkelmann und die deutsche Klassik ein Element der kulturellen Fremdheit in die deutschen Schulen, zumindest der Gymnasien, und das gebildete Bürgertum hineinkam, das vom politischen Kern der historisch-politischen monarchischen Indoktrination ablenkte. So konnte man Schillers „Wilhelm Tell“ oder die „Glocke“, Goethes „Prometheus“ oder Lessings „Nathan der Weise“ individuell aufklärerisch oder national gerichtet verstehen. Die hervorstechenden positiven Charaktere wurden als besonders „deutsch“ gepriesen. Und Ludwig Uhlands „Ich hatt’

einen Kameraden“ von 1809 als Trauertext in den Befreiungskriegen hat seinen nationalistischen Missbrauch in zwei Weltkriegen bis heute überstanden.

Wirklich gefährlich für das einseitig national-monarchische Narrativ wurde erst Heinrich Heine mit seinen romantischen und die Romantik zugleich überwindenden dichterischen Erzeugnissen. Man hat ihn selbst in der frühen Bundesrepublik in den Schulen nicht gelesen.

c) Das Militär ...

... in ganz Deutschland war in allen Teilstaaten auf die jeweiligen territorialen Fürstenhäuser zugeschnitten und vereidigt worden. Jeder wehrpflichtige Soldat, der drei Jahre Dienst tat, war auf den jeweiligen Landesherrn vereidigt, wie es auch vor 1918 gar keine deutsche Staatsbürgerschaft gab. Meine Großväter, Jahrgang 1871 und 1887, waren bis 1918 noch preussische und keine deutschen Staatsbürger.

Diese auf den Monarchen ausgerichtete Gehorsams-erfüllung verlor sich nach dem Ersten Weltkrieg. Übrig blieb die seit den Befreiungskriegen verwandte Formulierung, „dem Vaterland zu dienen“ und ggf. zu sterben. Es ist vielleicht ganz interessant zu konstatieren, dass der Begriff des „Vaterlandes“ auch schon Jahrhunderte zuvor für die jeweiligen Territorien, in denen man lebte, verwandt wurde. Nationalistisch

aufgeladen wurde er erst im Laufe des 19. Jahrhunderts. Der Vaterlandsbegriff war in seinem Ursprung nicht national konnotiert. Von Leibniz ist es nachgewiesen. Dass der Vaterlandsbegriff, als er in den Befreiungskriegen inflationär wurde, eine eindeutig ideologische Funktion bekam, hat niemand Geringeres als Joseph von Eichendorff schon gesehen. Er dichtete 1809:

*Das alte Lied, das spiel ich neu,
Da tanzen alle Leute,
Das ist die Vaterländerei,
O Herr, mach uns gescheute!*

Der Vaterlandsbegriff gehört in fast allen Ländern zum absoluten Arsenal nationaler Identität. Selbst der Text der Nationalhymne der frühen DDR, die von dem Kommunisten Johannes R. Becher stammt, spricht zweimal positiv vom Vaterland.

Dass er auch heute eine große Rolle spielt, weiß man aus manchen soldatischen und internationalen politischen Zusammenhängen. Seine emotionale Dimension vor allem für sozial schwache Bevölkerungsschichten ist erheblich und kann, wie man aus der aktuellen internationalen Diskussion weiß, politisch missbraucht und genutzt werden. Dass man dieses positive Gefühl auch grauenvoll missbrauchen kann, ist für uns Deutsche eine Erfahrung aus der Zeit beider Weltkriege, vor allem des Zweiten.

III. Das 20. Jahrhundert und die Erinnerung daran in Deutschland

Für die erinnerungskulturelle Gestalt der heutigen deutschen Gesellschaft spielt das 20. Jahrhundert eine besondere Rolle. Dadurch, dass die sozialen und demokratischen Traditionen in das Kaiserreich nicht integriert werden konnten, waren sie nach der Revolution zu schwach, um über ihre Milieus hinaus bewusstseinsbildend zu wirken. In den Köpfen der meisten Menschen war aber das nationale undemokratische Narrativ nicht verschwunden, so dass dieses Narrativ, verstärkt durch den Kriegsschuld-Paragrafen des Versailler Vertrages (Artikel 231) in seiner völkischen Zuspitzung eine aggressive und schließlich erfolgreiche Karriere machen konnte.

1933 war die Machtübertragung an die Nationalsozialisten nur deswegen möglich, weil die antidemokratischen national-konservativen Gesellschaftsschichten dieses aktiv beförderten. Der angesehene liberale deutsche Historiker Friedrich Meinecke hat dies schon unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg im Jahre 1946 in seinem berühmten Buch „Die deutsche Katastrophe“ präzise herausgearbeitet.

Der willentlich und verantwortungslos vom nationalsozialistischen Deutschland vom Zaune gebrochene neue Weltkrieg, der nach einem vom Deutschen Bundestag im Jahre 1997 einstimmig als An-

griffs- und im Osten als Vernichtungskrieg bezeichnet werden muss, hat die Erinnerungskultur nachhaltig verändert. Selbst wenn man die Geschichte der SBZ und späteren DDR und ihre Art der Geschichts- und Identitätsauffassung beiseite lässt, ergibt sich für den westlichen Teil Nachkriegsdeutschlands erinnerungskulturell eine Sondersituation. Das nationale Gedächtnis und damit das Selbstverständnis als Nation/Volk, seine Identität, war durch die nationalistische und völkisch zugespitzte Version total diskreditiert. Daran kommentarlos anzuknüpfen war unmöglich und unproduktiv. Aber was sollte an dessen Stelle treten?

Der Erfahrungshorizont der deutschen Gesellschaft veränderte sich durch den Krieg und seine Folgen eindrücklich. Diese Erfahrungen ließen sich nicht einfach in ein unverändertes Narrativ einbeziehen. Der Zweite Weltkrieg hatte fünf Millionen deutsche Soldaten das Leben gekostet. Hinzu kamen noch mehr Verwundete sowie deren Familien, 13 Millionen Vertriebene und Flüchtlinge, vollständig zerstörte Städte, hunderttausende von Bombentoten, Obdachlosigkeit und Hunger, dazu die unvorstellbar hohe Zahl von Toten und Kriegsverwüstungen in den Nachbarländern, für die man die Verantwortung trug. Das versperrte den Weg in ein rein rückwärtsgewandtes Selbstverständnis.

Millionen und Abermillionen trugen Verantwortung, auch dann, wenn viele es leugneten oder unbewusst

ablehnten. Alle hatten sich zu fragen, was ihr Anteil an Gleichgültigkeit, Feigheit oder Wegschauen war, der zu diesem nationalen Desaster geführt hatte. Es begann die Zeit des Verschweigens, des Verdrängens und der teilweise Wiederanknüpfung an mobilisierbare Ressentiments gegenüber den Russen, dem Kommunismus und deren berechnete oder interessegeleitete Beurteilungen.

So entwickelten sich unterhalb einer politischen und wissenschaftlichen Fragestellung eine Vielzahl unterschiedlicher Erinnerungen und damit Erinnerungskulturen:

- a) Die Vertriebenen und Flüchtlinge bekräftigten mit traditionellen Brauchtumsveranstaltungen und politischen Forderungen ihren Willen, wieder in ihre Heimat zurückkehren zu können. Die Wahrheit hat man ihnen erst spät gesagt.
- b) Die Angehörigen der Ziviltoten und die Vergewaltigten trauerten privat, ohne sich in eine politische Mitverantwortung begeben zu können oder zu wollen.
- c) Die politisch, religiös und rassistisch Verfolgten erinnerten in ihren Organisationen an ihre Rolle und Verdienste, ohne dass dieses ins allgemeine Bewusstsein eindrang.

- d) Die Verfolgten des Stalinismus haben zu Recht den Anspruch, dass man ihre Leidenszeit würdigt und nicht vergisst. Ins allgemeine Bewusstsein hat dies keinen Eingang gefunden.
- e) An die Anwesenheit von mehr als zehn Millionen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter und deren Hunderttausende Opfer erinnern sich meist weder die Familien, bei denen sie gearbeitet haben, oder die Firmen, sofern es sie noch gibt.
- f) Die Angehörigen der gefallenen und verwundeten Soldaten trauerten und litten an diesem Schicksal privat, ohne sich in eine Diskussion über die Rolle der Wehrmacht, ihrer Führung und ihrer Kriegführung einzulassen oder einlassen zu können und zu wollen.

So kann man feststellen, dass es in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg eine Fülle von Erinnerungskulturen gibt, die parallel sich etabliert, aber zu keinem einheitlichen Narrativ geführt haben.

IV. Paradigmenwechsel in der deutschen Erinnerungskultur

Zwei Gruppen sind aber zu nennen, die von besonderer Bedeutung für die Etablierung eines neuen Selbstverständnisses deutscher Erinnerung werden sollten

- 1) die in den Vernichtungsaktionen ermordeten Juden, Sinti und Roma sowie die in völkermörderischer Absicht angegriffenen slawischen Völker,
- 2) die deutschen Soldaten, die als Wehrpflichtige oder Freiwillige Kriegsteilnehmer waren.

Ad 1)

Nachdem es in der Bundesrepublik in den 1950er Jahren noch Auseinandersetzungen darüber gab, ob die Widerstandskämpfer des 20. Juli Vaterlandsverräter waren oder nicht, setzte um 1960 herum, 15 Jahre nach Kriegsende und mit der Zementierung der deutschen Teilung, eine verstärkte Aufmerksamkeit gegenüber dem Schicksal der in den Konzentrationslagern Umgekommenen ein.

Ausschlaggebend für diesen Aufmerksamkeitswandel waren der Auschwitzprozess und die darauf folgenden anderen gerichtlichen Verfahren und die vielfache, aber nicht systematische juristische und strafrechtliche Aufarbeitung dieses Vernichtungsprozesses. Begleitet wurde diese Phase durch die drängenden Fragen, die die studentische Jugend an die Vätergeneration nach deren Mitwissen bzw. Mitverantwortung stellte.

So wurde ein Diskussionsprozess eingeleitet, der über das Thema unmittelbarer Verantwortung und Schuld

hinausging und die Frage nach Verstrickung, alltäglichem oder opportunistischem Verhalten und Gesinnung stellte. Literarische und wissenschaftliche sowie Erinnerungsbücher und Interviews, Berichte und Zeitzeugenaussagen rückten in die öffentliche Aufmerksamkeit. Schriftsteller wie Heinrich Böll, Günter Grass, Rose Ausländer, Martin Walser, Hans-Magnus Enzensberger, die Gruppe 47 und viele Andere erfreuten sich regen Interesses.

Populäre Abhandlungen auf wissenschaftlicher und philosophischer Grundlage wie Eugen Kogons „Der SS- Staat“ (schon 1946, aber 1974 wieder aufgelegt) oder Karl Jaspers „Wohin treibt die Bundesrepublik?“ (1965) oder Ernst Blochs „Prinzip Hoffnung“ (1959) beförderten nach der Emeritierung der alten westdeutschen Historikergeneration (Heimpel, Ritter, Schramm u. a.) das historische und politologische Interesse der jüngeren Historiker und Politologen an dem Verständnis der NS-Zeit, ihrer Entstehung und der Rolle der deutschen Eliten in Politik und Gesellschaft. Das akademische Klima der 1960er und 1970er Jahre stellte sich in den sozial- und geisteswissenschaftlichen Studiengängen diesem Thema. Die in diesem Sinne ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrer aller Schulformen aller Bundesländer forderten eine andere Herangehensweise an das Thema der deutschen Geschichte und ihrer Interpretation. Die Richtlinien aller Schulen wurden in diesen Jahren in diesem Sinne verändert. So hatte sich die Frage nach dem rassis-

tisch motivierten Morden vor allem an den an den Juden und Sinti und Roma in allen Bildungseinrichtungen durchgesetzt und damit einen anderen Diskurs eröffnet als den der verklärenden Vergangenheit und abwehrenden Verantwortung.

Die aufrüttelnde Wirkung der Fernsehserie „Holocaust“, die 1979 in Deutschland erstmals ausgestrahlt wurde, darf für die Entstehung eines anderen historischen Bewusstseins nicht unterschätzt werden. Aber auch danach blieb die Ansicht weit verbreitet, nur Hitler und andere führende Nationalsozialisten hätten – vielleicht noch im Verein mit wenigen Anderen aus der gesellschaftlichen Elite des Landes – die Verantwortung für das Geschehen.

Dem wirkte die seit Beginn der 1980er Jahre einsetzende regionale Aufarbeitung entgegen, die auf breiter Front die lokalen Verstrickungen aufarbeitete und regionale Gedenkstätten etablierte. Dieser Prozess ist noch im Gange. Wie lange so etwas dauert, kann man allein daran erkennen, dass die erste Arbeit zu diesem Thema bereits 1966 erschien, nämlich W. S. Allens Buch über die nationalsozialistische Machtergreifung in Northeim „Das haben wir nicht gewollt“.

Jedenfalls kann man urteilen, dass sich die Frage nicht mehr abweisen ließ, wie es sein konnte, dass sich in Deutschland mit seinem Stolz auf seine kulturellen und wissenschaftlichen historischen Leistungen ein

solches barbarisches Regime etablieren konnte. Die freiwillige Etablierung des Nationalsozialismus stellt das deutsche Selbstbewusstsein und seine Erinnerungskultur vor völlig neue, unbequeme Fragen. Es muss im Bewusstsein bleiben, dass es möglich war, in diesem Kulturvolk Kräfte zu mobilisieren, die systematisch und vorsätzlich unschuldige Menschen aus rein rassistischen Gründen mit technisch modernsten Mitteln ermordeten. Die vorsätzliche Grausamkeit, die darin zum Ausdruck kam, ist von anderer Qualität als jede kriegerische Auseinandersetzung mit vielen Toten.

Als zeitlichen Wendepunkt, diese Frage als zu Recht gestellt und beantwortungsnotwendig gestellt zu sehen, kann man die Rede von Bundespräsident von Weizsäcker am 8. Mai 1985 ansehen. Seitdem herrscht ein weit verbreiteter Konsens, dass dieser Tag für alle Deutschen ein Tag der Befreiung war. Die Deutschen in der SBZ bzw. der späteren DDR hatten allerdings noch eine weitere Periode der Unfreiheit vor sich.

Der durch das nationalsozialistische Deutschland zu verantwortende Zivilisationsbruch ist in seiner Bewertung auch nicht durch den Revisionsversuch von Ernst Nolte 1986 gelungen. Der sog. Historikerstreit besiegelte gleichsam eine Erinnerungskultur neuen Zuschnitts, die die Erinnerung an die Opfer und ihre Aufforderung, so etwas nie wieder zu ermöglichen, befestigte. Am schlüssigsten hat dies Konrad Jarausch

in seinem Buch „Die Umkehr“, Deutsche Wandlungen 1945 – 1995, München 2004, nachgezeichnet. Deutsche Erinnerungskultur ist seitdem nicht mehr zu trennen von dieser Frage und ordnet die separaten Erinnerungskulturen damit neu.

Ad 2)

Dennoch muss man feststellen, dass dieser öffentliche und wissenschaftlich, politisch und kulturell etablierte Erinnerungsinhalt eine zentrale Frage unbeantwortet gelassen hat. Es ist die Frage, wie man an die deutschen Soldaten erinnert, die zumeist in dem Glauben, für ihr Vaterland in den Krieg zu ziehen, gehandelt haben. Die „Wehrmachtsausstellung“ seit 1997 hat deshalb so erregend gewirkt, weil sie den Nachweis geführt hat, dass große Teile der Wehrmachtsführung und etwa 500 000 Wehrmachts- und SS-Soldaten direkt oder indirekt an Vernichtungsaktionen und Kriegsverbrechen beteiligt waren.

Damit stellte sich die Frage, wie man damit erinnerungsmäßig umgeht. Es war und ist verständlich, dass Familienangehörige um ihre Toten trauern und dies auch an möglichen Gräbern und Gedenkorten tun können sollen. Das bedeutet aber zugleich, nicht zu vergessen, dass über jedem deutschen Soldatenfriedhof der Schatten des Holocaust und des Vernichtungskrieges liegt.

Das bedeutet nicht, dass deutsche Soldaten pauschal verdächtigt werden dürfen, Kriegsverbrecher gewesen zu sein. Die meisten konnten sich gar nicht vorstellen, dass ihre Führung das Vaterland, das sie zu verteidigen glaubten, längst verraten hatte.

Wenn allerdings Zweifel an der Integrität besteht und sie individuell nachgewiesen werden kann, muss man dies erwähnen. Seit einigen Jahren wird dies auch schrittweise getan. Es ist noch nicht überall auf den 832 Friedhöfen mit insgesamt etwa 2,8 Millionen Gräbern geschehen.

Deutsche Soldaten können Opfer, Täter oder beides zugleich sein. So war auch Graf Stauffenberg zu Beginn des Krieges noch Befürworter des Überfalls auf Polen. Er wurde erst später zu einem Widerstandskämpfer.

An den deutschen Soldaten kann man erkennen, dass Erinnern mehr ist als Gedenken. Jeder gefallene Soldat ist einen öffentlichen Tod gestorben. Dieser Teil muss befragbar bleiben und kann nicht mit der Bemerkung vom Tisch gewischt werden, dass der tote Soldat schon vor seinem Richter (gemeint war Gott) gestanden habe und deswegen jede Nachfrage ein unwürdiges Ansinnen sei.

Unsere in mehreren Jahrzehnten erarbeitete deutsche Erinnerungskultur gebietet es daher, von jedem Sol-

daten und jedem Menschen zu verlangen, sich der Frage zu stellen, für welche Ziele er steht. Das gilt auch für heute. Dabei müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass eine solche Denkweise eine Art Alleinstellungsmerkmal Deutschlands ist. Es liegt nahe, dass die Sieger eines Krieges, noch dazu in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg, über ihre Soldaten pauschal anders denken als die Verlierer. Auch dann, wenn auf alliierter Seite Kriegsverbrechen begangen worden sind, wird dies nicht oder kaum thematisiert. In Deutschland hatte man darüber lange nicht gesprochen, weil man eine Art Aufrechnung und Konflikte deswegen vermeiden wollte.

Wenn man, wie wir es heute übereinstimmend sehen, allen Opfern des Weltkrieges und des NS-Regimes ein ehrendes Gedenken zubilligen will, dann gilt das selbstverständlich auch für die Hunderttausende von toten Kriegsgefangenen, Zwangsarbeitern und deren Angehörige sowie die in den KZ und Gefängnissen Umgekommenen. Es ist der selbstverständliche Dienst, der aus dem humanen Grundsätzen des modernen Völkerrechts und unseres Grundgesetzes folgt. Deshalb gehört es zur deutschen heutigen Erinnerungskultur, auf diese Gruppe aufmerksam zu machen. Die Gräber dieser Menschen gehören zur Heimatgeschichte.

Es ist noch nicht lange her, dass Bundespräsident Gauck auf die Tatsache hingewiesen hat, dass die

deutsche Betroffenheit über die eine Million in sowjetischer Kriegsgefangenschaft umgekommener deutscher Soldaten eine gewaltige persönliche und politische Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat. Das ist gut so und auch für alle Beteiligten tröstlich. Dennoch muss man schamhaft registrieren, dass unter der Verantwortung der deutschen Wehrmacht drei Millionen sowjetische Kriegsgefangene verreckt sind. Das war nach damaligem und heutigem Recht ein Kriegsverbrechen. Wer trauert darüber in Deutschland?

Deutsche Erinnerungskultur bedeutet heute nach der Geschichte des 20. Jahrhunderts, die unterschiedlichen persönlichen und sachlichen Betroffenheiten unter dem einheitlichen Gesichtspunkt der Friedenssicherung und des Willens zur friedlichen Zusammenarbeit und des Respekts der Würde aller zu sehen. Das ist ein wichtiger Bestandteil unserer Identität.

Die in den letzten Jahren zu vernehmende Forderung, man dürfe den Judenmord nicht in den Mittelpunkt des Erinnerns stellen oder gar, man müsse wieder Stolz auf die militärischen Leistungen der deutschen Soldaten im Weltkrieg empfinden, vergisst einen entscheidenden Punkt. Es hat selbstverständlich auch unter deutschen Soldaten bewundernswerte Leistungen von Tapferkeit, Opfermut oder Kameradenschutz gegeben. Darüber nur zu reden, ist aber zu wenig. Es besteht das Paradox, dass vielleicht gerade die Tapferkeit und der Mut deutscher Soldaten dazu beigetra-

gen haben, dass dadurch – für den einzelnen Soldaten unwissentlich – die Gasöfen in Auschwitz und anderswo länger brennen konnten. Das ist kein Schuldvorwurf, sondern eine Mahnung, die Zusammenhänge nicht zu vergessen.

Jedenfalls brauchen wir keine 180-Grad-Wende der deutschen Erinnerungskultur. Ich möchte daher meine Überlegungen in acht Thesen zusammenfassen:

1. Nach dem Tod der Zeitzeugen des Zweiten Weltkrieges, der Opfer und der Täter, stellt sich für die jetzigen Entscheidungsträger in allen gesellschaftlichen und politischen Bereichen folgende Frage: Was, in welcher Intensität und mit welcher Bewertung sollte als Fazit aus der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts an die folgenden Generationen weitergegeben werden?

Es ist der nicht ungefährliche Versuch, den kommenden Generationen eine Verpflichtung aufzuerlegen, die sie nicht selbst erarbeitet und zu verantworten hat, und damit ihre Entscheidungsfreiheit einzuschränken.

Rechtfertigen lässt sich ein solches Unternehmen nur dann, wenn man die generationenübergreifende Geltung von Menschenrechten („Würde aller Menschen“, „Verbot von Völkermord“) voraussetzt und deren gröblichste Verletzung durch das nationalsozialisti-

sche Deutschland bewusst macht und auf Ablehnung dieser Denkweise beharrt.

2. Es wird in Deutschland damit der Versuch gemacht, eine negative Erinnerung im nationalen Selbstbild zu verankern. Das ist absolut neuartig in der Welt (vgl. A. Assmann a.a.O., S. 29) und widerspricht den nationalen Narrativen aller Länder, die in der Regel nur die positiven und die nationale Größe betonenden Ereignisse in den Vordergrund stellen und festzumachen versuchen (heute besonders stark Polen, Ungarn, Türkei).

Die deutsche Haltung international nicht als Besserwisserei verstanden zu sehen, wäre eine wichtige Aufgabe und unerlässlich für eine rationale Debatte um europäische Erinnerungskulturen.

3. Trotz Opfergedenken sollte man sich davor hüten, das Mitfühlen und Mitleiden in eine Art Identifizierungswunsch mit den Opfern zu lenken. Man sollte es auch aus Respekt vor den Opfern unterlassen. Es kann und darf keine „geliebte Opfer- Identität“ geben (U. Jureit a.a.O., S. 19). Die rationale Aufarbeitung und den daran geknüpften Willen, aus dem historisch nachweisbaren Geschehen Lehren zu ziehen, dürfen nicht aufgegeben werden.

4. Aus dieser Geschichte lässt sich auch entnehmen, dass die moralisch und intellektuell einfache Unter-

scheidung von Opfern und Tätern nicht von der Aufgabe befreit, danach zu suchen und zu verstehen, wie Täter zu Tätern werden. Wer Opfer verhindern will, muss Täter verhindern. Dazu ist es notwendig, herauszufinden, welche Faktoren dazu beigetragen haben, dass Menschen zu Tätern werden (Ideologien, falsche Identifizierungen mit Nation, Volk, Vaterland, Religion, Kameradschaft, missverstandene Ehrbegriffe wie Treue, falsche Inanspruchnahme Gottes für die eigenen Positionen, alltägliche Feigheit, Entsolidarisierung u. ä.). Es ist offenbar so, dass mit dem Versprechen, ein Held zu werden oder ins Paradies zu kommen, sich junge Menschen (vor allem Männer) in selbst- und fremdzerstörerische Aktionen stürzen können wie aktuelle Beispiele zeigen.

Reicht unsere moralische Fantasie aus, um gerechte Urteile zu fällen? Denn nur diese sind langfristig wirksam.

5. Für eine adäquate Bearbeitung unserer Erinnerungs- und Gedenkkultur muss auch darüber nachgedacht werden, wie wir es mit dem Umstand halten, dass man unter bestimmten Verhältnissen sowohl Täter als auch Opfer sein kann. Dies ist das Schwerste. Was z. B. sind jüdische Kapos, die nach der Befreiung der KZ (wie in Bergen-Belsen) von den Befreiten erschlagen wurden?

Was sind die 14-Jährigen aus Soltau, die man 1945 gezwungen hat, die aus einem Güterwagen in die um-

liegenden Wälder geflüchteten KZ-Gefangenen zu erschließen? Nur Täter?

Wie halten wir es unter moralischen Gesichtspunkten mit den Kindersoldaten heutiger Tage?

Man wird denken müssen und dürfen, dass es seelische und reale Zwangslagen geben kann, die sich eindeutiger nachträglicher Wertung entziehen. Das Ziel aller Erinnerung kann daher nur sein, Zustände zu verhindern, die Menschen in solche Situationen bringen können.

6. Wir wollen ein Europa, in dem nie wieder Kriege geführt werden und Völker ermordet werden. Dazu bedarf es einer Diskussion, die die jeweils nationalen Narrative durchdenkt. Der Krieg im zerfallenden Jugoslawien nach 1990 hat gezeigt, dass die völkermörderischen und kriminellen Energien auch nach 100 Jahren keineswegs ausgerottet waren und sind. Im Baltikum findet man auch heute die Meinung vorherrschend, dass an die sowjetische Unterdrückung zu erinnern gewichtiger sei als an die fast totale Ausrottung der litauischen, lettischen und estnischen Juden.

7. Die Anwesenheit von zunehmend mehr Migranten in Deutschland macht es notwendig, die Perspektiven zu erweitern, aus denen historische Sachverhalte sowie ethische und politische Verantwortung formuliert werden. Es kann beispielsweise weder in der Öffentlichkeit noch in unseren Schulen der aus

den arabischen Ländern mitgebrachte latente Antisemitismus unkommentiert bleiben. Desgleichen kann die Tradition nationalen Denkens z. B. türkischer Familien nicht undiskutiert bleiben.

8. Rationale Erinnerung ist ein nie endender Prozess, der kontinuierlich in Schulen, Jugendgruppen, Vereinen, politischen, kirchlichen und gewerkschaftlichen Instanzen eingebunden sein muss. Es ist z. B. ertragreicher und nachhaltiger, lange darüber zu beraten, wie man mit einem örtlichen Kriegsgräberfeld oder dem Kriegerdenkmal umgeht, als nach einer schnellen Lösung wieder den Mantel des Schweigens und der Gleichgültigkeit darüber zu breiten.

Sich erinnern kann sich bald niemand mehr an den Zweiten Weltkrieg. Aber erinnern an ihn und seine Implikationen können und sollten wir alle. Das erfordert Wissen, Nachdenken, Werten und Wollen. Erst dann kommt das Gedenken. Kriegsgräber und das dahinterstehende Geschehen sind keine fake-news, sondern sichtbare historische Konstanten. Man muss sie nur lesen lernen.

Literaturhinweise

1. Vorgänge, Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik Nr. 198 „Weshalb erinnern? Heft 2, Juni 2012; darin:
 - a) Martin Sabrow: Erinnerung als Pathosformel der Gegenwart (S. 4-15);
 - b) Ulrike Jureit: Gefühlte Vergangenheiten (S. 16-23);
 - c) Aleida Assmann: Weltmeister im Erinnern (S. 24-32);
 - d) Micha Brumlik: Bildung nach Auschwitz im Zeitalter der Globalisierung (S. 41-50).
2. „Erinnern“, Der blaue Reiter, Journal für Philosophie Nr. 18, 2/ 2003.
3. „Europäisches Historisches Gedächtnis: Politik, Herausforderungen und Perspektiven, Europäisches Parlament, Generaldirektion interne Politikbereiche, Fachabteilung B, Struktur- und Kohäsionspolitik, Kultur und Bildung, Brüssel 2013 (Internetquelle: [http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/note/join/2003/513977/IPOL_CULT_NT\(2013\)513977_DE.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/note/join/2003/513977/IPOL_CULT_NT(2013)513977_DE.pdf)).
4. Heinrich Böll „Wanderer, kommst Du nach Spa...“, dtv 437, 45. Aufl. München 2012.
5. Rolf Wernstedt „Deutsche Erinnerungskulturen

seit 1945 und der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.“, Kassel 2009.

6. Aleida Assmann „Der lange Schatten der Vergangenheit“, Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, München 2006.
7. Norbert Frei: „1945 und wir“, Das Deutsche Reich im Bewusstsein der Deutschen“, dtv Nr. 34536, München 2009.
8. Volkhard Knigge : „Deine, meine, unsere Erinnerung“, Süddeutsche Zeitung 11.12.2015, S. 11.
9. „An meine Lieben“. DIE ZEIT, 2. 11. 2017, S. 19
10. Konrad Jarausch: „Die Umkehr“, Deutsche Wandlungen 1945-1995, München 2004
11. Vaterland und Muttersprache. Deutsche Schriftsteller und ihr Staat von 1945 bis heute, Berlin 1979
12. Friedrich Meinecke: „Die deutsche Katastrophe“, Wiesbaden 1946, 5. Aufl. 1965
13. Karl Jaspers: „Wohin treibt die Bundesrepublik?“, München 1966
14. Eugen Kogon: „Der SS- Staat“, Frankfurt a. M. 1946, 2. Auflage München 1974

Kollektivschuld, Verantwortung, Strafe und Vergebung in der Bibel

**Predigt im Rahmen der Reihe „Harpstedter Kanzel“
am 11. August 2013, Christuskirche Harpstedt**

Menschen aus dem öffentlichen und gesellschaftlichen Leben werden in unregelmäßigen Abständen gebeten, in der evangelischen Kirche in Harpstedt bei Bremen eine Predigt zu halten. Das nennt sich „Harpstedter Kanzel“.

Ich habe als Landesvorsitzender des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge in Niedersachsen eine solche Einladung angenommen, weil ich durchdenken wollte, ob es möglich ist, von bestimmten Stellen der Bibel aus dem Anliegen einer differenzierten und ehrlichen Erinnerungsreflexion gerecht zu werden.

*

Predigttext Jeremia 29, 10-11

„Denn so spricht der Herr: Wenn zu Babel siebzig Jahre aus sind, so will ich euch besuchen und will mein gnädiges Wort über euch erwecken, dass ich euch wieder an diesen Ort bringe. Denn ich weiß wohl, was ich für Gedanken über euch habe, spricht der Herr: Gedanken des Friedens und nicht des Lei-

des, dass ich euch gebe das Ende, des ihr wartet.“ Dieser Bibeltext aus Jeremia ist aus sich nicht verständlich, sondern nur aus seinem historischen und prophetischen Zusammenhang.

Jeremia, in Jerusalem lebend, wird als Knabe von Gott informiert, dass er seinem Volk Israel das auszurichten habe, was er ihm auf die Lippen legen werde. Sträuben nützt nichts. Der Knabe muss und wird diesen Auftrag erfüllen. Es geht um nichts anderes als den Ältesten des Volkes Israel den Zorn Gottes mitzuteilen, den Israel auf sich gezogen hat, weil sein Volk sich durch sein Handeln, seine Anbetung fremder Götter, seinem Abfall von Gott, dem Nachlaufen falscher Propheten, dem Leichtsinn seines Lebens, dem Streben nach Gewinn, Täuschung und Betrug und der Rücksichtslosigkeit im Umgang als unwürdig und undankbar erwiesen hat. Gott kündigt die Höchststrafe für die Stämme Israels an, nämlich die Vertreibung aus dem Land. Sein Zorn scheint unerbittlich und unerschütterlich.

Natürlich wird Jeremia, als er dies vor den Ältesten, dem König und allen verkündet, deswegen angefeindet. Er ist zeitweise in Gefahr, wird verfemt, verlacht, fällt beinahe einer Lynchkampagne zum Opfer. Gott beschützt ihn. Jeremia ist zwar einsam, aber prophezeit unverdrossen die Katastrophe. Die Ankündigung wird nicht zurückgenommen, sondern konkretisiert. Der Untergang des Volkes ist unvermeidlich, Jerusa-

lem wird zerstört werden (Kapitel 15). Historisch verbürgt ist, dass der babylonische König Nebukadnezar im Jahre 586 v. Chr. Jerusalem eroberte und fast das ganze Volk nach Babylon zur Zwangsarbeit abführen ließ. Wir kennen diese Geschichte dem Namen nach als „babylonische Gefangenschaft“, sie ist uns geläufig, Verdis Oper „Nabucco“ und der Gefangenenchor darin gehören zum Bildungsgut auch außerhalb der biblisch interessierten Kreise

Jeremia, der in Jerusalem und später in Ägypten lebte, ließ auf Geheiß Gottes den jammernden Verfolgten und Entführten durch einen Boten mitteilen, dass sie im fremden Land (im Norden) Häuser bauen, sich verheiraten und Kinder bekommen sollten. Und sie sollten Buße tun, indem sie zu ihm zurückkehren. Die Buße müsse allerdings ehrlich sein. Unter dieser Bedingung, die Gott deswegen einschätzen kann, weil er in die Herzen blicken kann, war er bereit, sich umstimmen zu lassen. „Wenn zu Babel siebzig Jahre aus sind“, so heißt es an unserer Stelle, „so will ich Euch besuchen und will mein gnädiges Wort über euch erwecken, dass ich euch wieder an diesen Ort (gemeint ist Jerusalem) bringe. Denn ich weiß wohl, was ich für Gedanken über euch habe, spricht der Herr: Gedanken des Friedens und nicht des Leides, dass ich Euch gebe das Ende, des ihr erwartet“.

Im Vordenken auf die Predigt heute hatte ich diese Jeremia-Passagen im Kopf, als ich vor zwei Wochen

nach Ostpreußen aufbrach, um im Rahmen von Gedenktagen auf deutschen und sowjetischen Kriegsgräberstätten in Königsberg, Pillau und Bartossen in Masuren Kränze niederzulegen, Angehörige zu trösten und Ansprachen zu halten. Es war des Krieges zu bedenken, der vor siebzig Jahren tobte, vor 68 Jahren endete und mehr als 55 Millionen Tote hinterließ, von Verwundeten, Vertriebenen, Geschundenen, Vergewaltigten, Traumatisierten gar nicht zu reden.

In Ostpreußen waren es wahrscheinlich 300 000 deutsche und 500 000 sowjetische gefallene Soldaten, mehr als zwei Millionen Flüchtlinge und unsägliches Elend. Was dort geschah, geschah zwischen August 1944 und dem Kriegsende 1945. Inmitten dieser Hölle der gesprengte Betonbunker, „Wolfsschanze“ genannt, in dem der Urheber des Ganzen, Adolf Hitler, jahrelang seinen mörderischen Krieg befehligte.

Was denkt und sagt man angesichts der 14 000 Toten in Pillau, der 13 000 in Königsberg, der 13 000 in Bartossen, der Ungezählten in den russischen Massengräbern? Es reicht nicht aus, Betroffenheit zu zeigen, den Kopf zu schütteln und traurig zu sein, sich überwältigen zu lassen von dem persönlich Erlebten. Das ist zwar notwendig. Aber ich empfinde es als Pflicht, über persönliche Empfindungen hinausgehend über Schuld, Verantwortung, Lehren und Scham zu sprechen – über das, was alle angeht und nicht nur den Einzelnen.

Als Angehöriger eines Volkes, in dem dieses Unglück seinen Anfang nahm, empfinde ich Jeremias Aussagen als einen Hinweis. Jeremia weist auf den Ursprung der Katastrophe hin, den Abfall von Gott, eine gottlose Lebensweise, das Klammern an Reichtum und die Verachtung seinen Mitmenschen gegenüber. Ohne unangemessene theologische Überlegungen oder Parallelen anzustellen, kann man sehr wohl feststellen, dass die Denkweisen – denn Krieg beginnt in den Köpfen, längst bevor der erste Schuss fällt –, von denen in Deutschland in den 1930er und 1940er Jahren viele befallen waren, ursächlich für den Krieg waren: Rassismus, Antisemitismus, Überlegenheitsdünkel gegenüber anderen Völkern, Rücksichtslosigkeit im Umgang, Überbetonung materieller Werte, Verachtung gegenüber Warnungen, Verantwortungslosigkeit großer Teile der Eliten, blinder Gehorsam gegenüber falschen Propheten (z. B. die Rede vom „Tausendjährigen Reich“) etc.

Es gibt eine Eigenart des Denkens, die völlig losgelöst von Zielen, Zwecken und Sinnzusammenhängen geneigt ist, etwas Angefangenes zu Ende zu bringen. Häufig nennt sich so etwas Sachzwang, das trifft auch für die Vorbereitung, Entfesselung und Durchführung von Kriegen zu. Hochgebildete Offiziere hatten im Umkreis des „Führers“, der sie im doppelten Sinne „anführte“, nicht den Schneid, den unsinnigen Befehlen und Begründungen Einhalt zu gebieten. Die Verzweiflungstat des 20. Juli 1944 beweist es.

Zur gleichen Zeit, als sich die sowjetischen Truppen der Weichsel näherten, die Westalliierten Italien und Frankreich befreiten, liefen in Auschwitz die Gaskammern auf Hochtouren. Ich bin ziemlich sicher, dass mein Vater, der als Artillerieoffizier im August 1944 unweit von Bartossen gefallen ist, es weit von sich gewiesen hätte, für die Untaten in Auschwitz sein Leben zu riskieren. Es waren falsche Götter, denen die deutschen Eliten und große Teile des Volkes nachliefen. Unter dem Vorwand, das Vaterland zu verteidigen, ist ein Angriffs- und Vernichtungskrieg geführt und sind unsägliche Verbrechen begangen worden. Diese Aussage gilt unabhängig davon, ob der einzelne Soldat sich untadelig verhalten hat oder nicht. Der Haftungszusammenhang kann nicht individuell, sondern nur allgemein formuliert werden.

Was hat dies mit Jeremia zu tun? Das 70-jährige Exil Israels in Babylon wird von Jeremia als Strafe und damit als gerecht dargestellt. Die Verursacher des Abfalls haben dies natürlich nicht überlebt. Sie sind im Zorn Gottes gestorben oder umgekommen. Aber die Kinder haben bis in die dritte Generation (das sind die 70 Jahre) an diesem Abfall von Gott zu tragen. Sie müssen sich mit der Situation auseinandersetzen. Ihre Sehnsucht nach Rückkehr und Versöhnung vergeht nicht. Sie bekommen sie nicht umsonst. Sie müssen sich Gnade und Wiederanerkennung erarbeiten. Gott schenkt ihnen nichts, er verlangt wirkliche Reue und Einsicht. Denn Gott hat „Gedanken des Friedens

und nicht des Leides“ über sie und stellt deswegen das Ende des Leides in Aussicht.

Was hier alttestamentarisch nur für Israel ausgesprochen ist, stellt sich für Christen als Ankündigung für alle Völker dar, dass sie auch nach Zeiten des Leides die Hoffnung auf Erlösung haben dürfen. Was hieße das im Anschluss an meine Ostpreußenreise und die sie begleitenden Gedanken? Natürlich darf man das alte Israel nicht mit den Deutschen vergleichen, zumal andere Völker noch stärker gelitten haben, und gerade die Juden ausgerottet werden sollten. Man darf aber, glaube ich, den zeitweisen Abfall Israels von Gott und die dafür ausgesprochene Strafe als Paradigma für religiöses, ethisches und politisches Verhalten verstehen.

Ethische Verwahrlosung hat unkalkulierbare und katastrophale Folgen für die Handelnden und deren Nachkommen. Für die Beurteilung des Nationalsozialismus, seiner Entstehungs- und Begründungszusammenhänge, seiner Folgen und der Lehren daraus enthält der Jeremia-Text durchaus Beachtenswertes. Unabhängig von den Anforderungen an christliches Denken – hier kann man die Kirchen als ganze nicht, sondern nur einzelne Kirchenvertreter loben – kann man in Deutschland von einer Verwahrlosung des ethischen Empfindens und der Vernunft in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sprechen.

Am Grabe von Immanuel Kant am wieder aufgebauten Königsberger Dom ging mir vor zehn Tagen der Gedanke durch den Kopf, wie die Welt damals ausgesehen hätte und heute aussähe, wenn unsere Vorfahren und wir seinen ethischen Imperativ kategorisch befolgt hätten bzw. befolgten. Kants Imperativ lautet im Kern ja, dass man sich andern gegenüber so verhalten solle, wie man selbst behandelt werden möchte. Für einen solchen Gedanken brauchte man nicht einmal Gott, um auf Besseres zu bauen. Aber gerade weil dieser Gedanke auch ohne Gott attraktiv ist, ist die Rückbesinnung auf ihn so faszinierend. Denn während Kants Überlegung nur dann funktioniert, wenn man starke und in sich gefestigte Personen voraussetzt, kommt mit dem Gottvertrauen eine Dimension ins Spiel, die Kant nicht erreichen kann.

Denn der Kern der Argumentation Jeremias ist es, die Strafen Gottes für seinen Abfall immer wieder drastisch zu wiederholen, aber am Schluss dennoch eine Erlösung in Aussicht zu stellen. Dazu ist es aber notwendig, dass sie überzeugende Reue zeigen und leben. Gott erkennt sie und weiß die Blender, Täuscher, Vertuscher, Feigen und Aufschneider von den ehrlich Umkehrenden zu trennen.

Was würde uns heute im Angesicht des ungeheuerlichen Abfalls von aller Religion und/oder Menschlichkeit eine glaubhafte Umkehr bedeuten? Es wäre sicher falsch,

- im Vergessen sein Heil zu suchen,
- in der Tüchtigkeit äußerlicher Wiederaufbauleistungen über das Gedachte und Getane zu schweigen,
- sich darüber, welchen falschen Propheten und Ideen man selber gefolgt ist, nicht Rechenschaft abzulegen,
- die Irrtümer nicht zu benennen, die so offensichtlich waren,
- unter Berufung auf die Zeitumstände die eigene Verantwortung zu leugnen.

Es wäre aber auch nicht richtig, mit der Selbstgerechtigkeit der Nachgeborenen sich aus der Verantwortung für die Zukunft zu stellen. Damit käme dieselbe Todsünde zum Ausdruck, die erst das Desaster heraufbeschwor. Jede Zeit ist von der Richtigkeit ihrer Überzeugungen durchdrungen. Zeitgeist nennt man das dann. Die hier zu stellenden Fragen lauten aber:

Gibt es vom jeweiligen Zeitgeist unabhängige Maßstäbe des Urteilens und Handelns?

Gibt es Denken, auf dem man beharren kann, wenn alle anderen anders urteilen?

Für Jeremia war es klar, dass er in Ausführung eines göttlichen Auftrages sprach und handelte.

Wie viel Mut muss man den Menschen abverlangen können?

Wie viel Zivilcourage kann man erwarten, Überzeugungen und Glauben auch dann zu vertreten, wenn es gefährlich wird? Wie erkennt man das, was über die Zeit hinaus richtig oder falsch ist?

In Ostpreußen kommt man heute an den Gräbern aller Seiten nicht daran vorbei, nach den Ursachen, Denkweisen und Schlussfolgerungen des noch sichtbaren Elends zu fragen. Dazu bedarf es einer schonungslosen, das heißt schmerzhaften Wahrheitsliebe.

Am Beispiel: Wir trauern zu Recht um die Flüchtlinge, die nach der Torpedierung der „Wilhelm Gustloff“ Ende Januar 1945 jämmerlich ertranken. Einige Angespülte liegen in Pillau. Unsere Trauer ist aber unvollständig, wenn wir nicht der Juden gedenken, die in der gleichen Nacht vor Palmnicken, 150 Kilometer Luftlinie entfernt, von der SS aufs Eis getrieben und erschossen wurden. Auch von ihnen wurden einige hier angespült. Auch ihre Tötung war ein Kriegsverbrechen in der Folge der jahrelangen Mordorgie, ganz zu schweigen von den trostlosen Todesmärschen aus den KZ!

Es gibt Maßstäbe, die überzeitlich gelten und nicht relativiert werden dürfen. Es gilt immer,

- dass man Menschen nicht einfach ermorden darf;
- dass man Babys nicht verhungern lassen darf;

- dass man nicht falsch Zeugnis reden darf über seinen Nächsten, und auch die Juden, Sinti, Russen, Polen u. a. waren die Nächsten;
- es war auch damals schon völkerrechtswidrig, über die Russen zu sagen, sie seien „keine Kameraden“, und damit den Weg frei zu machen für die Ermordung von drei Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen.

Gott hat es zugelassen, dass Nebukadnezar und seine Nachfolger Israels Männer und Frauen drangsalierten und auch umbrachten. Und er verlangt, dass dies auch noch als gerechte Strafe anerkannt würde, 70 Jahre lang.

Ich will jetzt nicht darüber nachdenken, was dies für uns, die wir als Kinder und Enkel eines Volkes, aus dem die Verbrechen kamen, bedeuten könnte. Mir scheint aber der Sinn des ganzen Textes darin zu liegen, dass es keine ewige Verdammnis gibt, wenn man noch so schwere Sünden begangen hat. Aber an dem ehrlichen Bekenntnis der Sünden darf es nicht fehlen.

Für die Tätergeneration ist es nicht vollständig gelungen. Das schließt auch Bestrafung nicht aus, wie sie in Jeremia vor allem Verantwortlichen gegenüber ausgesprochen wird. Und wir müssen es als gegeben hinnehmen, dass die auf Dauer angelegten Kriegs-

gräber über die unmittelbar betroffenen Angehörigen hinaus jede Generation mit den Fragen des Bösen und seiner Verhinderung konfrontieren.

Denn dies scheint mir unzweifelhaft: Dass Gott gut über uns denkt und nicht Leid, sondern Frieden für uns wünscht, ist eine Hoffnung, zu deren Erfüllung jeder etwas beitragen kann.

Erinnern – Gedenken – Lernen

Ansprache auf dem deutschen Soldatenfriedhof Tarabya (Istanbul) am 23. April 2015

In Tarabya, einer Vorstadt 20 km nördlich vom Stadtzentrum Istanbuls am Westufer des Bosphorus, befindet sich die einzige deutsche Kriegsgräberstätte in der Türkei. Dort sind 677 Tote, davon 505 aus dem Ersten Weltkrieg, bestattet. Der Friedhof befindet sich auf dem Parkgelände des deutschen Generalkonsulats.

Im April 2015 fanden aus Anlass des 100. Jahrestages der Schlacht bei Gallipoli, in der die Türkei den Angriff der Engländer, Australier und Neuseeländer zurückschlug, eine große Gedenkfeier statt, auf der der türkische Staatspräsident Erdoğan über die gefallenen türkischen Soldaten, die als Helden verehrt werden, sprach.

In Deutschland beschäftigte sich der Deutsche Bundestag gleichzeitig mit einer Resolution, in der an den Beginn der Armenierverfolgung (25. April 1915) erinnert werden sollte. Die Vertreibung und Ermordung von mehr als einer Million Armenier auf Befehl der damaligen jungtürkischen Regierung wurde als Völkermord charakterisiert. Dagegen protestierte die türkische Regierung vehement.

Es war meine Aufgabe, in meiner Rede in Tarabya an diesen Konflikt zu erinnern. An der Gedenkfeier haben etwa

300 Personen teilgenommen, größtenteils aus der deutschen Gemeinschaft, den Kirchengemeinden, aber auch einige türkische NATO-Offiziere.

*

In diesen Jahren stehen wir immer wieder vor der Frage, welche Ereignisse vor 100 Jahren wichtig waren, woran wir uns erinnern wollen und sollen und welche Bedeutung dieses Erinnern für uns und die Zukunft haben kann.

Wir stehen hier an den Gräbern von fast 700 ehemaligen deutschen Militärangehörigen und einiger Diplomaten. Mehr als 500 davon haben im Ersten Weltkrieg ihr Leben gelassen, knapp 200 im Zweiten. Sie sind an verschiedenen Orten des damaligen Osmanischen Reiches gestorben oder gefallen, sie waren als Militärberater, Soldaten, Krankenschwestern oder Schiffsbesatzungen in Diensten. Tarabya ist der einzige deutsche Soldatenfriedhof in der Türkei, nachdem die Toten aus kleineren Friedhöfen in den letzten Jahrzehnten hier versammelt wurden. Die Gräber sind nach internationalem Recht, festgelegt in den Genfer Konventionen 1929 und 1949, auf Dauer zu erhalten. Diese Bestimmung gilt für alle Kriegsgräber dieser Welt.

Auf der anderen Seite des Bosphorus liegt der britische Soldatenfriedhof Haydarpascha mit einigen hundert

gefallenen britischen Soldaten. Keine 200 Kilometer von hier entfernt liegen die Gefallenen der Gallipoli-Schlacht, davon mehr als 50 000 Australier, Neuseeländer, Engländer und Franzosen, fast 50 000 Türken. Die türkische Regierung hat mehrere große Denkmäler an den Gräbern türkischer Soldaten errichten lassen. Auch die australische und die neuseeländische Regierung haben Denkmäler errichtet. Darunter befindet sich ein Text von Kemal Atatürk, dass die in türkischer Erde liegenden Briten und Franzosen auch die Söhne der Türkei seien. Dies ist eine großmütige und auf Versöhnung ausgerichtete Formulierung, die natürlich nicht davon befreit, sich der genauen Kriegsumstände und ihrer Verantwortlichkeiten zu vergewissern.

Welchen Sinn hat der Wille, die Gräber von Kriegstoten auf Dauer zu erhalten, wo doch im christlichen Umfeld in der Regel private Gräber nach einigen Jahrzehnten aufgelassen, d. h. eingeebnet werden und damit verschwinden? Unstrittig ist der Respekt vor den Toten und die Rücksichtnahme auf die Trauer ihrer Angehörigen. Aber was ist dann, wenn die Angehörigen mit den Toten keine konkrete Erinnerung mehr verbinden oder es gar keine Angehörigen mehr gibt?

Das dauernde Ruherecht hat eine weiter gehende, über die individuelle Trauer hinausgehende Absicht. Es verlangt von den für die Gräber Verantwortlichen Nachdenken über den Sinn des massenhaften Ster-

bens und die Frage nach den Lehren, die für jede nachwachsende Generation daraus zu ziehen sind.

Es ist nicht schwer, die Toten zu beklagen und sich dafür auszusprechen, dass es keine kriegerischen Auseinandersetzungen mehr gibt. Wir wissen, gerade auch in der Gegenwart, dass dieser Wunsch allein nicht ausreicht, um den Frieden zu bewahren. An den Toten des Ersten Weltkrieges kann man aber auch lernen, wie unterschiedlich die Perspektiven der beteiligten Länder sind. Alle kriegführenden Länder waren der Meinung, dass sie die eigentlich Angegriffenen seien und somit das Recht der Verteidigung auf ihrer Seite hätten. Nationale, religiöse, kulturelle, selbst philosophische Gründe wurden überall angeführt.

Umstandslos wurden gefallene Soldaten zu „Helden“ erklärt. Der Begriff des Helden, im europäisch-abendländischen Sprachgebrauch und darüber hinaus für herausragende individuelle Taten verwandt, wurde gleichsam demokratisiert. Auch das alternativlose elende Sterben im Schützengraben oder im U-Boot wurde als Heldentat und Opferungswilligkeit charakterisiert. Bei den Siegern wurde der Gefallenentod in das nationale Selbstbewusstsein eingeschmolzen, bei den Verlierern trotzig als „unbesiegt“ bezeichnet.

Für die Australier und Neuseeländer gelten ihre Toten als Begründer eines neuen nationalen Selbstver-

ständnisses. Für die Engländer und Franzosen dienten sie als Begründung für ihren weiteren halbkolonialen Anspruch in der Nachfolge des Osmanischen Reiches nach dem Krieg. Und für die Türken? Ihre Toten und der Sieg bei Gallipoli sind mit dem Namen Mustafa Kemal und der Gründung der modernen Türkei verbunden. Alle gefallenen Türken sind insofern in das Gründungsfundament des heutigen türkischen Selbstverständnisses eingeschmolzen. Wer wollte dem widersprechen, auch wenn man in Rechnung stellt, dass der Oberbefehl in den Händen des deutschen Generals Liman von Sanders lag?

Wir Deutschen haben eine andere Situation. Wir trauern um die eigenen Toten und denken auch an diese Toten, die hier liegen und die in der damaligen strategischen Kriegssituation an der Seite des Osmanischen Reiches gestanden haben. Aber sie können für uns kein Anlass sein, über die Größe Deutschlands zu rasonnieren. Hatte man nach dem Ersten Weltkrieg noch unbekümmert und traditionell von Helden geredet, ist das nach dem Zweiten Weltkrieg unmöglich geworden. Im Jahre 1997 hat der Deutsche Bundestag in Übereinstimmung mit der historischen Forschung einstimmig festgestellt, dass der „Zweite Weltkrieg ein Angriffs- und Vernichtungskrieg, ein vom nationalsozialistischen Deutschland verschuldetes Verbrechen“ war. Was bedeutet das für die Toten, die in diesem Krieg ihr Leben gelassen haben? Man muss zur Kenntnis nehmen, dass mehr als 55 Millionen

Menschen umgekommen sind. Es sind etwa fünf Millionen deutsche Soldaten umgekommen, unter deutscher Verantwortung sind etwa sechs Millionen Juden ermordet worden. Ungefähr drei Millionen sowjetische Kriegsgefangene sind – durch die Schuld der Wehrmacht – durch Vernachlässigung gestorben, mehr als zwei Millionen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus Osteuropa sind unter deutscher Verantwortung umgekommen, es hat in Deutschland rund 600 000 Bombenopfer gegeben und mehr als zwei Millionen (einige sprechen sogar von bis zu vier Millionen) Menschen haben bei Flucht und Vertreibung ihr Leben verloren. Auch diese deutschen Toten sind durch deutsche politisch-militärische Verantwortung umgekommen.

Eine solche Bilanz lässt es nicht zu, bei den gefallenen Soldaten von gefallenen Helden zu reden. Die Aussage gilt unabhängig von individueller Schuld. Es stellt sich vielmehr die Frage, wie man neben den geschuldeten individuellen Respektbezeugungen mit der Erinnerung an Schuld und Verbrechen, die vom eigenen Volk ausgegangen sind, umgeht.

Wir haben in einem langen und schmerzlichen Prozess gelernt und lernen müssen, dass man seine Ehre nicht verliert, wenn man die historische Wahrheit vollständig aussprechen lernt. Wir haben gelernt, dass Kriege nach Möglichkeit zu verhindern die höchste Verpflichtung und die angemessene politi-

sche Antwort auf historische Verantwortung ist. Und wir haben gelernt, dass Hass auf andere Völker und Menschen, aus welchen Gründen auch immer, nur neues Unglück hervorbringt.

In diesen Tagen, genau 100 Jahre nach dem Beginn der Gallipoli-Kämpfe und nach dem Beginn der systematischen Verfolgungen der Armenier durch die damalige jungtürkische Regierung, kommt man nicht darum herum, sich die beiden Seiten der Kriegsentscheidungen vor Augen zu halten. Mag der Tod so vieler Soldaten damals seine aktuelle militärstrategische Rechtfertigung gehabt haben, der Tod der vertriebenen, ermordeten und verschleppten Armenier (ganz gleich, wie man den Vorgang historisch und moralisch qualifiziert) wirft ganz andere Fragen der Bewertung auf. Der Deutsche Bundestag will morgen beschließen, dass das „Schicksal der Armenier beispielhaft für die Geschichte der Massenvernichtungen, der ethnischen Säuberungen, der Vertreibungen und Völkermorde, von denen das 20. Jahrhundert auf so schreckliche Weise gezeichnet ist“ stehe. „Dabei wissen wir“, so der Bundestag, „um die Einzigartigkeit des Holocaust, für den Deutschland Schuld und Verantwortung trägt“. Der hier in Tarabya begrabene deutsche Botschafter an der Hohen Pforte, Hans Freiherr von Wangenheim, hat dazu schon im Sommer 1915 unbezweifelbare Bemerkungen gemacht.

Aus der Sicht der Kriegsgräberfürsorge hätten alle, nicht nur die Soldaten aller Beteiligten, sondern auch die umgekommenen Armenier und türkischen Zivilisten ein Recht auf ein dauerndes Kriegsgrab, genauso wie die Deutschen und Briten, an deren Gräbern wir heute stehen. Wo finden wir diese Gräber?

Erinnern, Gedenken und Lernen gehören zusammen. Und niemand ist berechtigt, sich diesen Fragen – weder in ihrer historischen noch in ihrer ethischen Dimension – zu entziehen.

Die Kapitulation der Wehrmacht für den norddeutschen Raum, die Niederlande und Dänemark am 4. Mai 1945 am Timeloberg bei Lüneburg

Ansprache zum 70. Jahrestag am 3. Mai 2015 in der Kirche in Deutsch-Evern

Die Teilkapitulation der Wehrmacht gegenüber dem britischen Feldmarschall Montgomery für den nordwestdeutschen Raum, Schleswig-Holstein, die Niederlande und Dänemark am 4. Mai 1945 ist zu Unrecht im allgemeinen deutschen Bewusstsein fast in Vergessenheit geraten. Die Erinnerung daran wird nur in einem heimatgeschichtlichen Format wach gehalten. Und dabei waren die Tatsache, die Geltung, die beteiligten Personen und die folgenden politischen Gesamtzusammenhänge von nationaler und internationaler Bedeutung.

Dass das nationalsozialistische Deutschland den Krieg verloren hatte, war nüchtern Urteilenden spätestens seit dem Sommer 1943 klar. Die Art und Weise, wie die Wehrmacht unter der NS-Ideologie Krieg geführt hatte, machte das Schicksal der vom Krieg Betroffenen von Tag zu Tag schlimmer. Die Deutschen waren unnachdsichtig gegenüber den slawischen Völkern, überheblich gegenüber allen Kriegsgegnern, verächtlich gegenüber internationalen und völkerrecht-

lich Bestimmungen, mörderisch gegenüber den Juden, Sinti und Roma und den sowjetischen Kriegsgefangenen, räuberisch und verwüstend in den besetzten und verlorenen Gebieten. Dass sich all dies mit zunehmender Zeit gegen die Deutschen selbst wandte, mit verheerenden Bombenangriffen, hohen Verlustzahlen der Soldaten und wachsender Wut bei den Alliierten gegen die Deutschen, ist aus der Distanz gut nachvollziehbar.

Die Unschuldsgeste vieler Deutscher nach dem Krieg angesichts der eigenen Toten, des Verlustes der Heimat und mancher alliierter Härte stellt sich allerdings auch als innerer Selbstbetrug dar. Schlimmer noch als im Ersten Weltkrieg waren weder die politische noch die Wehrmachtsführung in der Lage, in Kategorien des Verlierens und der Verantwortung gegenüber dem eigenen Volk geschweige denn gegenüber anderen Völkern zu denken. Selbst den Attentätern des 20. Juli 1944, als die Niederlage überdeutlich war, wurde propagandistisch gegenüber Volk und Soldaten nicht nur Verrat, sondern auch mögliche Verursachung der Verluste nachgerufen. Vom 20. Juli 1944 bis zum 8. Mai 1945 starben mehr Menschen infolge von Kriegseinwirkungen als in den fünf Jahren davor.

Nachdem sich Hitler am 30.4.1945 durch Selbstmord der irdischen Verantwortung entzogen hatte, bemühte sich der Großadmiral Karl Dönitz als Staatsoberhaupt in den noch von der Wehrmacht kontrol-

lierten Gebieten darum, mit den Westalliierten einen Separatfrieden zu erreichen, um vielleicht gemeinsam gegenüber der Roten Armee in Stellung zu gehen. Deshalb schickte er am 3. Mai den Generaladmiral Hans-Georg von Friedeburg (den Vater des späteren hessischen Kultusministers Ludwig von Friedeburg) mit zwei hochrangigen Offizieren zum Hauptquartier Montgomerys auf den Timeloberg – über den Umweg in Häcklingen –, um die Kapitulation anzubieten und darum zu bitten, dass die sich in Mecklenburg zurückziehenden deutschen Truppen in diese Kapitulation einbezogen werden und somit der absehbaren sowjetischen Gefangennahme entgehen konnten.

Nach kategorischer Ablehnung dieser letzten Bitte und der Forderung der bedingungslosen Kapitulation ließ sich von Friedeburg nach Rendsburg zu Dönitz bringen und brachte am nächsten Tag, dem 4. Mai, das Einverständnis zur bedingungslosen Kapitulation. Im einfachen Feldzelt auf dem Timeloberg wurde die Teilkapitulation unterschrieben und festgelegt, dass alle Kampfhandlungen am nächsten Tag einzustellen seien.

Der alliierte Oberbefehlshaber Dwight D. Eisenhower bestand allerdings auf der mit der Sowjetunion abgesprochenen bedingungslosen Kapitulation an allen Fronten. Diese ist dann am 7. Mai von Generaloberst Jodl in Reims und von Generaloberst Keitel in Berlin-

Karlshorst vollzogen worden. Hans-Georg von Friedeburg war der Einzige, der an allen drei Kapitulationsunterzeichnungen beteiligt war.

Dass die höchsten deutschen Offiziere die Kapitulation unterschrieben, war offensichtlich eine Lehre aus dem Waffenstillstandsgeschehen am Ende des Ersten Weltkrieges. Damals waren die verantwortlichen Militärführer v. Hindenburg und Groener nicht zur Unterschrift bereit gewesen. Ludendorff hatte sich schon aus dem Staube gemacht. Die Waffenstillstandsunterschrift wurde von dem Beauftragten der aus der Revolution hervorgegangenen Regierung Ebert, dem Reichstagsabgeordneten des Zentrums, Matthias Erzberger, geleistet. Diese Tatsache machte es den eigentlich für die militärische Führung Verantwortlichen einschließlich v. Hindenburgs möglich, eifrig an der sog. Dolchstoßlegende mitzuwirken, die wahrheitswidrig behauptete, die deutsche Niederlage sei nicht militärisch, sondern politisch von der Revolution erzwungen worden. Die Dolchstoßlegende gehörte zu den verderblichsten und wirksamsten Hassinstrumenten gegen die Verteidiger der Weimarer Republik.

Auch wenn man unterstellen mag, dass die Teilkapitulation vor Montgomery auch der Eitelkeit des britischen Generalfeldmarschalls entgegenkam und er sich auch so inszenierte, so bleibt es doch ein historisches Verdienst, den Krieg dort, wo es möglich war, beendet zu haben.

Welche Gesichtspunkte dieses Vorgangs helfen uns heute, die Zusammenhänge besser zu verstehen? Zunächst ist es aus der Sicht nach 70 Jahren unbestreitbar, dass der Grundgedanke einer Teilkapitulation dem nachvollziehbaren politischen Kalkül entsprach, dass die Westalliierten und die Sowjetunion Stalins in ihren gesellschaftspolitischen Grundausrichtungen so verschieden waren, dass eine langfristige politische Zusammenarbeit nach dem Krieg kaum vorstellbar war.

Dass Dönitz dabei bei Montgomery erfolgreich war, ist offensichtlich dem Umstand geschuldet, eine gewisse Eigenständigkeit der britischen Militärführung gegenüber den übermächtigen USA zu betonen und auch seine eigene Bedeutung herauszustellen. Montgomery hat sich dem vereinten Wollen, auf einer bedingungslosen Kapitulation zu bestehen, nicht entzogen, sondern nur das kleine Zugeständnis gemacht, einzelne deutsche sich ergebende Soldaten aus Mecklenburg in britische Kriegsgefangenschaft aufzunehmen und nicht an die Sowjetunion auszuliefern.

Dass die Alliierten sehr frühzeitig – schon 1943 in Casablanca – auf der bedingungslosen Kapitulation bestanden, ist nur als Reaktion auf die brutale Kriegsführung Nazi-Deutschlands zu verstehen. Die in reinem Militärdenken befangenen deutschen Offiziere wie Dönitz und von Friedeburg hatten wie fast die gesamte Elite der deutschen Militärführung geglaubt,

sie könnten die Beurteilung ihres Tuns auf das Militärische beschränken. Sie hatten die alte Clausewitzsche These vergessen, dass der Krieg nur die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist und keineswegs außerhalb der politischen Bewertung angesiedelt werden kann.

Es verwundert noch heute, dass im Frühjahr 1941 niemand aus der versammelten deutschen Militärelite widersprochen hat, als Hitler den Angriffskrieg gegen die Sowjetunion ankündigte und die sowjetischen Soldaten außerhalb des Kriegsvölkerrechts stellte. Mit dem militärischen Ehrenkodex aus preußischer Tradition hatte das nichts mehr zu tun. Die Maßstäbe für verantwortliche militärische Führung waren allerdings schon im Ersten Weltkrieg verloren gegangen, als alle Seiten es für legitim hielten, Soldaten zu Hunderttausenden für kleine Geländegewinne zu opfern.

Als von Friedeburg bei Montgomery erschien, hatten die Engländer gerade die Konzentrationslager Esterwegen, Bergen-Belsen und Sandbostel befreit und kannten die Friedhöfe der sowjetischen Kriegsgefangenen, die zu fast 100 000 unter der Verantwortung der Wehrmacht in Niedersachsen umgekommen waren. Unabhängig von allen militärischen Erwägungen konnte es Montgomery nicht schwer fallen, ein moralisch gutes Gewissen zu haben, gegenüber den deutschen Offizieren im Kern nicht nachzugeben. Ob von Friedeburg dies verstanden hat, lässt sich nicht mehr

klären. Er hat noch im Mai 1945 Selbstmord begangen, was bei Militärs als Eingeständnis für unhaltbare Positionen galt, für die man geradezustehen hatte.

Dönitz hat es nicht getan, sondern wurde in Nürnberg zu zehn Jahren Haft verurteilt, die er auch vollständig absaß.

Die direkten und indirekten Folgen sowie die Bedeutung des Vorgangs auf dem Timelo-Berg sind schnell ausgemacht:

1. Vier Tage früher Kriegsende bedeutete, dass weniger Menschen unsinnig gestorben sind.
2. Die geordnete Kapitulation hat den Übergang zu neuer ziviler Verwaltung in den besetzten und noch zu besetzenden Gebieten erleichtert und fanatisierten nationalsozialistischen Funktionären und HJ-Jugendlichen und marodierenden SS-Gruppen jede Handlungsmöglichkeiten genommen.
3. England hat durch Montgomerys aufsehenerregende Entgegennahme der bedingungslosen Kapitulation im norddeutsch-dänischen Raum sein eigenes politisches Gewicht in den nachfolgenden Drei- bzw. Viermächteverhandlungen gestärkt.
4. Nach dem Krieg hat die Bundesrepublik beim Aufbau der Bundeswehr darauf geachtet, dass die Wehr-

macht (und die überwiegende Mehrzahl der Kommandeure) nicht in die positive Tradition deutscher Militärgeschichte aufgenommen wurde, sondern die Widerständler des 20. Juli und die Befreiungskriege 1813/14. Die Vorrangstellung der Politik vor dem Militär ist verfassungsmäßiger Bestandteil unseres Gemeinwesens.

Es bleibt die Frage, welchen Sinn es macht, dass wir uns 70 Jahre nach Kriegsende mit der deutschen Geschichte in der Intensität beschäftigen, wie es aus der Presse, dem Fernsehen, dem Internet, den wissenschaftlichen Arbeiten und Dokumentationen, den vielen Veranstaltungen, Symposien und Tagungen zum Ausdruck kommt.

Es ist in Deutschland, auch bis 1990 in der DDR, zur Regel geworden, an den runden Jahrestagen sich der historischen Rolle des Nationalsozialismus immer wieder neu zu vergewissern. In den USA und manchen anderen Ländern schmilzt der Geschichtsunterricht zu Deutschland zur Holocaust-Geschichte zusammen, das ist überaus bedauerlich.

Die deutsche Erinnerungskultur hat sich in einem jahrzehntelangen wissenschaftlichen und politischen Prozess dahin entwickelt, dass wir es mehrheitlich für notwendig halten, die Geschichte des Nationalsozialismus in seinen Ursachen, seinen Formen und seinen Folgen rückhaltlos aufzuarbeiten. Das hat zu der ein-

zigartigen Situation geführt, dass wir offenbar als einzige Nation gelernt haben, auch die Fehler, Verbrechen und falschen Entwicklungen offen und schonungslos anzusprechen. Wir haben gelernt, dass man seine Ehre nicht verliert, wenn man lernt, auf der Suche nach der Wahrheit die Scheuklappen abzulegen.

In den Zeitungen und Radiosendungen kann man heute lesen und hören, dass amerikanische Journalisten im Sommer 1945 versucht haben, Nationalsozialisten zu finden. Ihre erstaunliche Entdeckung war: Niemand bekannte sich, Nationalsozialist gewesen zu sein, niemand hat eine eigene Mitverantwortung gelten lassen, niemand hat Reue gezeigt. Der Versuch, die nationalsozialistische Periode deutscher Geschichte als das Werk weniger Übeltäter hinzustellen, kam dem Wunsch entgegen, jede Beteiligung, Billigung oder Mitverantwortung zu bestreiten. Viele glaubten das wirklich. Es ist und war eine monströse Selbsttäuschung. So kam es, dass die meisten Deutschen die Kapitulation als Tag der Erlösung vom Krieg, aber nicht als Tag der Befreiung von einer gnadenlosen Diktatur erlebten. Als Befreite fühlten sich die KZ-Häftlinge, Kriegsgefangenen, Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter und die Deutschen, die den Unrechtscharakter der politischen Herrschaft schon lange durchschaut hatten.

Wir haben gelernt, dass man frühzeitig aufpassen muss, um den verhängnisvollen Weg von Politik zu

verhindern. Wir können deswegen heute unbestritten formulieren, dass 1945 bereits 1933 begann und die geistige Vorbereitung noch viel früher.

Der Teilkapitulation vom 4. Mai 1945 ging die Teilkapitulation vieler Deutscher vor Hitler und den Nationalsozialisten voraus, schon vor dem 30. Januar 1933. Und unsere deutschen Eliten, nämlich Professoren, Juristen, Wirtschaftsführer, Journalisten, Lehrer, Verwaltungsbeamte und – wie wir am Timeloberg an den Militärs diskutiert haben – Militärs haben nachhaltig versagt.

Der deutsche Bundestag hat deswegen im Jahre 1997 einstimmig erklärt, dass „der Zweite Weltkrieg ein Angriffs- und Vernichtungskrieg, ein vom nationalsozialistischen Deutschland verschuldetes Verbrechen“ war. Eine ähnliche selbstkritische Verantwortungsformulierung gibt es von keinem Land der Erde, weder von England gegenüber Verbrechen in den Kolonialgebieten noch von Frankreich im Algerienkrieg noch von Italien in Äthiopien usw.

Deutschlands einzigartige Schuld besteht auch darin, dass innerhalb des schon verbrecherischen Krieges der Versuch des Völkermordes an den Juden und Sinti und Roma unternommen wurde. Man kann es nicht anklagend gegenüber anderen formulieren, aber die rückhaltlose Wahrheitssuche befreit und knechtet nicht, wie es manche Reaktionäre und Neonazis be-

haupten. So dient auch unser Gedenken an die Teilkapitulation vom Timeloberg nicht dem Ruhm Montgomerys, sondern dem nachhaltigen Besinnen auf die Bedingungen, die Kriege unmöglich machen.

In diesem Sinne sind wir dankbar, auch wenn das Besinnen geschichtlich etwas sehr Ungewöhnliches ist und vielen in der Nachkriegszeit schwer gefallen ist. In manchen Gegenden der Welt hat man heute das Gefühl, dass diese Lehre vergessen scheint, im Nahen Osten, in Afrika, in der Ukraine. Wir sollten uns dennoch nicht irre machen lassen am unbedingten Friedenswillen.

Über Trauer und Verbrechen und die Unauflöslichkeit von Widersprüchen

Rede auf der Gedenkfeier zum 50. Jahrestag der Eröffnung der deutschen Kriegsgräberstätte Costermano am 5. August 2017

In Costermano am Gardasee befindet sich eine deutsche Kriegsgräberstätte, auf der gut 21 000 deutsche Soldaten und einige anderer Nationalität liegen, die auf deutscher Seite im Zweiten Weltkrieg gefallen sind. Der Friedhof ist ein Sammelfriedhof, auf dem die in Norditalien Gefallenen begraben sind und die aus vielen Einzelgrablagen dorthin überführt wurden.

Die Anlage wurde 1967 fertiggestellt und eingeweiht. Im Jahre 1987 haben italienische Historiker festgestellt, dass auf dem Friedhof auch mindestens drei Männer liegen, die sich schwerster Kriegsverbrechen schuldig gemacht haben, weil sie an der systematischen Tötung von etwa zwei Millionen polnischer Juden führend beteiligt waren und zur Judenvernichtung nach Triest abkommandiert waren.

Nach jahrelangen italienischen Protesten und erheblicher öffentlicher Aufmerksamkeit in Deutschland hat der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge als Träger des Friedhofs im Jahre 2005 beschlossen, die bronzenen Namenstafeln aller Toten zu entfernen und im Eingangsbereich des Friedhofs einen historischen Text zur Einordnung

der Kriegsgeschehnisse in Italien unter Einschluss der Erwähnung von Kriegsverbrechen der Wehrmacht in Italien anzubringen. Es gibt einen Hinweis auf die Kriegsverbrecher. Die italienische Seite war damit einverstanden.

Bei der Gedenkfeier zum 50-jährigen Bestehen des Friedhofs waren etwa 500 meist ältere Angehörige der Gefallenen sowie italienische offizielle politische Vertreter anwesend. Für die Formulierung einer Gedenkrede stellte sich die Frage, wie man dem verständlichen und berechtigten Gedenken dieser Angehörigen an ihre toten Verwandten gerecht werden kann, ohne die Hintergründe einiger Gräber und des Charakters des Krieges zu verschwiegen.

Costermano ist in gewisser Weise paradigmatisch für die Situation fast aller deutscher Kriegsgräberstätten, weil nirgends ausgeschlossen werden kann, dass unter den Toten auch Kriegsverbrecher liegen. Wenn wir aber feststellen, dass es so ist, heißt das nicht, dass wir damit unterschiedslos alle dort Bestatteten meinen. Eines aber wird deutlich: Private Trauer kann nicht prinzipiell aus dem Gesamtkontext herausgelöst werden.

Die Rede spiegelt diesen Versuch wider.

*

Alle zehn Jahre bittet der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge Angehörige, offizielle kommunale und staatliche Personen, kirchliche Würdenträger und Interessierte nach Costermano auf diese deutsche Kriegsgräberstätte zu einer Gedenkfeier. Jedes Mal in den letzten 50 Jahren haben die Redner für den Frieden gesprochen, für den Frieden gebetet und ihren Willen zum friedlichen Zusammenleben bekundet. Das war auch richtig und gut. Aber wir wissen, dass es eine notwendige, aber keine hinreichende Tat ist. Es sterben gegenwärtig in Kriegen und deren Folgen Hunderttausende.

Und dennoch: Die persönliche Trauer der Angehörigen um die hier liegenden Toten ist ein eindrucksvolles Zeichen für die nicht enden wollende Betroffenheit. Auch wenn heute bereits die unmittelbare Nachkriegsgeneration im höheren Alter ist, die Menschen, die die hier Begrabenen noch kennen, immer weniger werden, bleibt ein weiter wirkender Schrecken über die Generationen hinweg bestehen. Ja, es gibt Zeichen, dass die Enkelgeneration sich wieder mehr an den Schicksalen ihrer Vorfahren interessiert zeigt.

Als der Volksbund vor 16 Jahren das Grab meines in Russland gefallenen Vaters gefunden hatte – er war am 5.8.1944, heute vor 73 Jahren, bei einem Artillerieüberfall umgekommen – und die Umbettung anstand, wollten meine Töchter unbedingt dabei sein.

Ich weiß, wie den Angehörigen zumute sein kann. Meine Mutter, die im letzten Jahr im Alter von 96 Jahren gestorben ist, kam bis an ihr Lebensende nicht wirklich über den Tod ihres mit 19 Jahren bei Woronesh gefallenen Bruders hinweg.

Costermano ist einer von mehr als 800 deutschen Soldatenfriedhöfen im Ausland. Ich habe in den letzten Jahren an mehr als 30 solcher Kriegsgräberstätten gestanden und manchmal auch gesprochen: in Rososchka bei Wolgograd, in La Cambe in der Normandie, in Maleme auf Kreta, in Ysselstein in Holland, in Istanbul am Bosphorus, in Masuren, in Monte Cassino und in Sologubowka am Ladogasee, auf den Begräbnisstätten in Flandern und bei Budapest. Es mögen mehr als 400 000 Menschen gewesen sein, über deren Einzelgräber oder Massengräber mein Blick ging. Über ganz Europa verstreut liegen die Toten fast aller Länder. Sie zeugen von dem unvorstellbaren Grauen des Ersten und Zweiten Weltkrieges.

Zwei Generationen in Deutschland haben gleichsam einen 30-jährigen Krieg erlebt. Zählt man die etwa 15 000 Kriegsgräberstätten der soldatischen und zivilen Toten innerhalb Deutschlands mit den dort begrabenen Kriegsgefangenen, Zwangsarbeiter(innen), Bombenopfern, Vertriebenen und politischen Opfern hinzu, beschleicht uns die Ahnung davon, vor welchen unzähligen politischen und persönlichen Katastrophen wir stehen. Wir schätzen, dass im Ersten Welt-

krieg etwa zehn und im Zweiten Weltkrieg mehr als 55 Millionen Menschen gewaltsam zu Tode kamen. So sehr uns das einzelne Schicksal rührt und das Andenken an die hier ruhenden, meist in jungen Jahren umgekommenen Soldaten nahegeht, so wissen wir doch, dass das Gedenken und die Andacht nur ein Teil dessen sein können, was wir zu lernen und als Auftrag der hier liegenden Toten zu erfüllen haben.

Die überwiegende Zahl der hier Ruhenden waren Wehrpflichtige und glaubten wohl auch, für ihr Land kämpfen zu müssen. Dass die politische Führung des Vaterlandes, für das sie im Notfall ihr Leben zu geben bereit waren, dieses Vaterland politisch und moralisch längst verraten hatte, konnten die meisten sich nicht vorstellen. Andere, wie z. B. auch der Vater meines ehemaligen Fahrers waren strafversetzt zum Fronteinsatz, weil sie widerständige Flugblätter gedruckt hatten oder anderweitig unbequem waren.

Wir Nachgeborenen wissen das. Wie geht man damit um, ohne selbstgerecht und ungerecht zu sein? Unmittelbar einleuchtend ist der tiefe Wille, nie mehr Bedingungen entstehen zu lassen, in denen Menschen in den Krieg ziehen müssen oder wollen. Wenn wir Deutschen hier in Italien sind, muss klar sein, dass wir im Umgang mit den hier Lebenden Respekt, Offenheit und Friedfertigkeit ausstrahlen müssen. Die Vorurteile, die es vor 80 Jahren noch gab, haben im Denken und Verhalten nichts zu suchen.

In den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg ist uns das eigentlich ganz gut gelungen. Und dass die Italiener uns trotz des Krieges als gutes Nachbarvolk behandeln, als Urlauber, Besucher oder Berufstätige, nehmen wir mit Dank zur Kenntnis. Und was haben wir Deutsche nicht alles von ihnen gelernt!! Ich rede nicht nur von Eis, Pizza und Mode, sondern auch von einer sympathischen Art, das Leben zu verstehen. Das alles heißt nicht, entstehenden Problemen und Konflikten aus dem Wege zu gehen und nicht zu benennen. Aber die Bilder dieses Friedhofs im Kopf und in der Erinnerung zu haben, lässt uns keinen Spielraum mehr für gewaltsame politische Lösungen.

Auf diesem Friedhof arbeiten in jedem Jahr auch Jugendliche an den Gräbern, vertiefen sich in die historischen Zusammenhänge und lernen sich gegenseitig kennen. Sie kommen meistens aus Bayern und Niedersachsen. Im letzten Jahr habe ich ihnen, nachdem sie hier in Costermano und in Wolfsburg an den Gräbern italienischer Zwangsarbeiter gearbeitet hatten, beim Abschluss eines Camps gesagt, dass wir in Europa außer in einigen wenigen Gebieten (Balkan) seit mehr als 70 Jahren in Frieden leben, und dass ich ihnen für ihr Leben das auch wünsche. Und wenn das gelingen soll, dann müssten sie ein paar Dinge beachten, die als Mahnung von diesen Gräbern ausgeht.

Wie bei allen ehrlichen Erinnerungen und historischen Untersuchungen muss man sich vergegenwärtigen

tigen, unter welchen Vorstellungen, Bewertungen und Überzeugungen die Menschen einer vergangenen Zeit gelebt haben. Die Soldaten der Wehrmacht waren noch erzogen worden im Geist der selbstverständlichen nationalen Einstellung und gaben unter diesen Gedanken ihren Eid. Nationale Einstellungen waren in allen Ländern selbstverständlich. In Deutschland kam zu dieser Grundeinstellung noch die in weiten Kreisen verbreitete ablehnende Haltung zur demokratischen Weimarer Republik hinzu. Übertriebener Chauvinismus, angereichert durch völkisch antisemitische Hetze, dominierte weite Teile der Öffentlichkeit. Der Nationalsozialismus hatte zwar nie eine demokratische Legitimation, aber als der Zweite Weltkrieg mit dem Überfall auf Polen eroberungssüchtig und völkermörderisch angezettelt wurde, war es für einen demokratischen Widerspruch, geschweige denn Widerstand zu spät. Das Unheil war schon seit 1933 nicht mehr abwendbar.

Von den meisten sog. einfachen Soldaten, auch denen, die hier liegen, konnte man während des Krieges gar nichts anderes erwarten als Gehorsam. Manche, die wir heute zu Recht wegen ihres Widerstandes gegen das NS-Regime rühmen und ehren, wie Graf Stauffenberg oder von Tresckow, stimmten 1939 noch dem Überfall auf Polen zu.

Aber hier in Costermano gibt es noch ein ganz anderes Problem. Denn hier liegen nicht nur mehr oder

weniger einfache oder beförderte wehrpflichtige Soldaten, sondern auch nachgewiesene Kriegsverbrecher. Deswegen ist es von Bedeutung, nicht darüber zu schweigen, dass es im Zweiten Weltkrieg von deutscher Seite aus schreckliche Kriegsverbrechen gegeben hat. Die dafür Verantwortlichen zu benennen ist um der Wahrheit willen unerlässlich. Das gilt erst recht für diejenigen SS-Angehörigen, die ausschließlich zu Mordzwecken nach Italien geschickt wurden und hier umgekommen sind. Einige davon liegen auch hier auf diesem Friedhof.

Niemand von den hier liegenden Soldaten sollte ohne eindeutigen individuellen Nachweis mit diesen Verbrechern in einen Topf geworfen werden. Die drei hier nachgewiesenen Verantwortlichen der Ermordung von zwei Millionen Juden in den Vernichtungslagern Belzec, Sobibor und Treblinka haben gewusst, was sie taten. Und so sollten auch wir sie einschätzen. Die Italiener, die seit 30 Jahren von uns erwarten, uns von solchen Toten zu distanzieren, haben Recht. Die Trauer und der Respekt, die wir der Masse der Soldaten schulden, schließt diese nicht ein.

Der kurze historische Text, der seit zehn Jahren in der Empfangshalle des Friedhofs hängt, versucht dieser Problematik gerecht zu werden. Er ist mit dem Auswärtigen Amt und vielen namhaften Historikern abgestimmt.

Und in den Jugendcamps wird über die persönliche und historische Komplexität und über die Zusammenhänge informiert und diskutiert.

Im Herbst 1944 und im Frühjahr 1945 hat der deutsche Dichter Rudolf Hagelstange als Redakteur der Soldatenzeitung „Südfront“ in Venedig und Verona gearbeitet. Viele der hier liegenden Toten mögen seine Texte gelesen haben. Er hat aber zugleich auch Gedichte, sog. Sonette, formuliert, in denen er seine innere Distanz und seine Zweifel an der Richtigkeit des Krieges auch in Italien ausdrückt. Er macht deutlich, dass die Menschen verloren sind, wenn sie nicht beizzeiten auf ihre Freiheit und die Würde des Anderen achten. Er beklagt die Sucht seiner Zeit, keine eigene Verantwortung zu übernehmen. Er meint seine Zeitgenossen, also auch die Soldaten, wenn er formuliert:

... allein

*Seid ihr gelähmt bis in das Mark der Seele
Und wartet voller Inbrunst auf Befehle,
um, wie ihr wähnt, geschirmt und stark zu sein.
Der Markt war Euer Platz, das Glück die Menge.
Die Freiheit aber darbt in der Enge.*

Und noch schärfer beim Nachdenken über die Soldaten:

*... Ach, hätten sie erkannt:
Nur Freien bleibt ein freies Vaterland.*

Das klingt sehr aktuell. Denn auch von diesem Friedhof geht die Mahnung aus, sich im politischen, demokratischen Streit nicht ängstigen zu lassen. Wir wollen das Schicksal der hier liegenden Toten nicht vergessen, von denen erst in den letzten Jahren noch Namen identifiziert werden konnten.

Hagelstange hatte Recht, als er den toten Kameraden zurief:

*... Die Uhren schlagen,
und ungelebte Stunden tragt ihr fort.
Ihr habt den Namen hochgeborener Erben
Und seid gestorben, ohne noch zu sterben.*

Wir wollen trotz aller Scheußlichkeiten der Gegenwart nicht glauben, dass diese Einstellung vergeblich ist, solange uns, um abschließend Hagelstange zu zitieren, die Lust doch geblieben,

Ein Geist zu sinnen und ein Herz zu lieben.

Gedenken am Volkstrauertag ist nicht individualisierbar – die Wahrheit ist das Ganze.

**Rede zur Gedenkstunde am Volkstrauertag,
18.11.2018 in der Hamburger Michaeliskirche**

Die Volkstrauertagsreden 2018 fielen in den Monat, in dem vor genau 100 Jahren der Erste Weltkrieg zu Ende gegangen war und in Deutschland durch die Revolution der politische Grundstein für die erste demokratische Republik gelegt wurde.

Es war deshalb unabweisbar, dass die Reden auf die Bedeutung des Friedens in Europa hinwiesen. Man kann aus den geistigen Folgewirkungen des Ersten Weltkrieges in Deutschland lernen, dass es fahrlässig und gefährlich und letztlich tödlich war, aus dem Krieg keinen Friedenswillen abzuleiten. Ich habe es in Hamburg versucht.

*

Der Volkstrauertag ist heute ein Gedenktag, der auch der historischen Aufarbeitung dient. Während in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg die persönliche Trauer um umgekommene Verwandte, Freunde und andere Nahestehende vorherrschte, überwiegt heute, 73 Jahre nach dem Kriegsende, die allgemeine Besinnung auf Krieg und Frieden, Schuld

und Verantwortung sowie unsere Stellung dazu. Der Volkstrauertag hatte immer zwei Dimensionen, die persönliche und die allgemeine. Vielleicht ist der Volkstrauertag der komplizierteste deutsche Tag, auch wenn es viele nicht wissen. Denn wir müssen uns jedes Jahr neu vergewissern und entscheiden, an wen, woran und warum wir uns erinnern.

Das 20. Jahrhundert hat uns in der Erinnerung zwei Weltkriege hinterlassen, wobei am Beginn des Ersten Weltkrieges Deutschland eine Mitschuld und am Zweiten Weltkrieg die Alleinschuld trägt. Zwischen 1912 und 1945 ist Europa nicht zur Ruhe gekommen. Manche sprechen deshalb auch zu Recht davon, dass wir es im 20. Jahrhundert mit einem 30-jährigen Krieg zu tun hatten. Aber im Gegensatz zum 30-jährigen Krieg, der genau vor 400 Jahren begann, können und dürfen wir nicht ein ewiges Vergessen (*Oblivio perpetua*) über die vorangegangenen Untaten, Gräueln und Kriegsverantwortlichen aussprechen, wie es der Westfälische Frieden von 1648 noch getan hat.

Seit der Haager Landkriegsordnung von 1907 und der UN-Menschenrechtskonvention ist es nicht mehr möglich, Schuldige und Täter an kriegerischen und Mordhandlungen zu übersehen und unbestraft zu lassen.

Und dass das nationalsozialistische Deutschland durch seinen Angriffs- und Vernichtungskrieg, durch

den systematischen Völkermord an den Juden und den Sinti und Roma sich von den ethischen Grundlagen einer zivilisierten Welt verabschiedet hatte, bleibt ein erinnerungspolitisches Erbe.

In diesen Tagen vor genau 100 Jahren ist der Erste Weltkrieg für uns zu Ende gegangen. In Osteuropa gingen Krieg und schließlich Bürgerkrieges noch fünf Jahre weiter. In weiten Teilen der deutschen Gesellschaft ist damals die Niederlage innerlich nicht akzeptiert worden, sodass die Erinnerung an sie zugleich mit Beschwörungsformeln von Tapferkeit und Heldentum der deutschen gefallenen und verwundeten Soldaten verbunden war. Auf den Frieden ausgerichtete Bestrebungen blieben relativ unbedeutend.

Über Kriegsleiden zu sprechen war unangebracht. Und Erich-Maria Remarques Roman „Im Westen nichts Neues“ von 1929 diente vielen als Beispiel unkameradschaftlichen Denkens.

Man glaubte auf deutscher Seite 1914 noch an einen schnellen Sieg und währte sich Weihnachten schon zu Hause. Dabei war das Grauen des Krieges schon sehr früh beschrieben worden. Im Herbst 1914 schrieb Georg Trakl mit „Grodok“ das wohl beeindruckendste Gedicht des Krieges, als er die „sterbenden Krieger und die wilde Klage ihrer zerbrochenen Münder“ beschwor und die weitreichenden Folgen des Krieges in dem Satz zusammenfasste:

*O stolzere Trauer! Ihr ehernen Altäre
Die heiÙe Flamme des Geistes
nährt heute ein gewaltiger Schmerz,
die ungeborenen Enkel.*

Es war ein immer gültiger Gedanke, dass durch das Sterben junger Männer – also angehender möglicher Väter – keine Enkel mehr geboren werden können. In weiten Kreisen gab es kein Weiterdenken des Erlebten, keine Skrupel über die Pervertierung des Menschen als Material, kein Nachdenken über die Folgen der Technisierung des Todes durch Panzermaschinen, U-Boote oder Giftgas, keine öffentliche Nachdenklichkeit über den erlittenen Hunger und die Verzweiflung. Die Kirchen gaben auch noch nach dem Krieg vielfach den Vergleich des Todes auf dem Schlachtfeld mit dem Tode Christi am Kreuz nicht auf. Heute empfinden wir das fast als blasphemisch. So war es nicht schwer, propagandistisch den Beginn des Zweiten Weltkrieges mit falscher Vaterlandsrhetorik und kulturellem rassistischem Dünkel als unvermeidbar hinzustellen.

Persönliche Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg können heute nur noch Menschen haben, die älter als 75 Jahre sind. Das heißt für die Erinnerung, dass alle anderen sich nur ein indirektes Bild vom Krieg aus Erzählungen, Gesprächen, Texten oder Filmen machen können.

Was von dieser Erinnerung bleiben soll und wie sie aussehen soll, muss sich jede nachwachsende Generation neu erarbeiten. Aber die insgesamt mehr als 55 Millionen Toten, darunter mehr Zivilisten als Soldaten, haben es unmöglich gemacht, die Heldenrhetorik, die uns in Deutschland noch heute vielfach in Kriegerdenkmälern entgegenschlägt, einfach zu verlängern.

Woran wollen wir heute am Volkstrauertag denken, wenn es für alle von Bedeutung sein soll? Eigentlich gibt es nur einen Gedanken, nämlich den Frieden und den Respekt vor anderen Menschen. Für diese Absicht hat sich ein Begriff eingebürgert, der leider zu einem Schlagwort zu degenerieren scheint, der der Erinnerungskultur. Jeder weiß, dass es verschiedene Erinnerungskulturen gibt: In Deutschland sind die Erinnerungen an die Opfer der politischen und rassistischen Gewalt anders konnotiert als die Opfer der Bombenangriffe, der Flucht und Vertreibung, der Euthanasie. Die Erinnerung an die gefallenen Soldaten kann in Deutschland über die individuelle Trauer hinaus nur komplex erörtert werden. Deutsche Wehrmachtssoldaten können Opfer, Täter oder beides zugleich gewesen sein.

Das abschließende, durch Wissenschaft und Forschung begründete Urteil der deutschen Verantwortung, beinhaltet keinen automatischen Schuldspruch für den einzelnen Soldaten.

Natürlich hat es individuell auch vorbildliches Verhalten gegeben. Spätestens nach dem Historikerstreit 1986 und dann nach der „Wehrmachtsausstellung“ des Hamburger Instituts für Sozialforschung musste jedem klar sein, dass es keine pauschalen Verurteilungen oder Verherrlichungen der Wehrmacht geben kann. Aber die Frage bleibt, ob es ein richtiges Leben im falschen überhaupt geben kann, wie Theodor W. Adorno es formuliert hatte.

Wenn man in Deutschland von Erinnerungskultur – im Singular – redet, kann man nur die vom Deutschen Bundestag verabschiedete Sichtweise auf den Charakter des Krieges und den in seinem Schatten praktizierten massenhaften Völkermord meinen. Für die Siegermächte beider Weltkriege sieht das anders aus. Sie haben ein gutes Gewissen auch dann, wenn von ihren Soldaten einzelne Kriegsverbrechen begangen worden sind und über Kollaboration oder gar die eigene faschistische Geschichte nicht gern gesprochen wird. Sie sehen sich vor allem gerechtfertigt durch die Befreiung der Länder vom Nationalsozialismus und erinnern an ihre Soldaten und zivilen Opfer als Helden einer gerechten Sache.

Dies trifft den Ersten Weltkrieg, den die Franzosen und Engländer als ihren „Großen Krieg“ jedes Jahr neu erinnern (der Tag des Waffenstillstandes, der 11. November, gilt dort als Feiertag) genauso wie den Zweiten Weltkrieg.

Auch Russland setzt gegenwärtig die Heldenverehrung seiner Gefallenen des Zweiten Weltkrieges fort, den Stalin als den „Großen Vaterländischen Krieg“ bezeichnet hatte und dabei an die traditionelle russische Bezeichnung des Krieges gegen Napoleon als „Vaterländischer Krieg“ angeknüpft hatte. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge macht in seinen vielen internationalen Jugendcamps diese Erfahrung.

Wir Deutsche stehen vor der Situation, dass der erklärte Wille des nationalsozialistischen Regimes und der beteiligten, auch der militärischen, Eliten einen Krieg mit implizierter Vernichtung besiegt Völker und der industriellen Ausrottung ganzer Völkerschaften so etwas wie einen Zivilisationsbruch darstellt. Auch dann, wenn man nach dem Krieg im Schatten des Kalten Krieges in Westdeutschland versuchte, durch Beschweigen des Geschehenen ohne ideelle oder tatsächliche Bestrafung davonzukommen, gelang dies zu Recht nicht, wenn auch die Strafverfolgung spät und nicht wirklich systematisch erfolgte.

Die DDR-Regierung schlug sich und ihre Bevölkerung per Beschluss auf die Seite des Antifaschismus, ohne eine differenzierte Diskussion zuzulassen. Sie umging dadurch eine innere Auseinandersetzung. Die Erinnerung an die deutschen Toten wurden nicht gepflegt. Manches der heutigen Ost-West-Diskussion hat auch hier seinen Grund.

Es ist heute in ganz Deutschland kein Kult um die deutsche Schuld im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus ausgebrochen, sondern die Aufgabe erwachsen, welche konstruktiven Perspektiven aus der Wahrheit zu ziehen sind. Wer über den Charakter des nationalsozialistischen Regimes schweigt oder diese Zeit als „Vogelschiss“ bezeichnet und damit die Millionen Toten bagatellisiert und verächtlich macht, lügt. Denn er will nicht wahr haben, dass es in der gesamten 1 000-jährigen deutschen Geschichte nicht so viele Tote gegeben hat wie in den zwölf Jahren des selbsternannten Tausendjährigen Reiches. Solche Gedanken strömen den Gestank aus, den Heinrich Heine in einem Traum bei seinem Besuch in Hamburg an einem ganz bestimmten Stuhl im Jahre 1844 schon wahrnahm. In seinem berühmten Gedicht „Deutschland – ein Wintermärchen“ war das eine Prophetie, heute ist es Erfahrung.

Wir leben in einer Zeit, in der Terroristen aus scheinreligiösen Gründen wieder mit dem Tod spielen. Mancher der heutigen Kriege im Nahen Osten hat seinen Ursprung in dem schlecht beendeten Frieden nach 1919. Und die Flüchtlinge der heutigen Zeit sind Folgen gegenwärtiger Kriege. Die Verachtung des Todes bei Fanatikern oder bei überspitzter nationalistischer Verengung ist in unserer Zeit mit ihren Massenvernichtungswaffen und den digitalen Kriegsmöglichkeiten eine reale Gefahr.

In Deutschland leben inzwischen Millionen Menschen, deren Erinnerung nichts mit den deutschen Dingen zu tun hat. Manchmal sind sie durch eigene Kriegserlebnisse traumatisiert, manchmal führen Familienerlebnisse und national-kulturelle Narrative in ganz andere Zusammenhänge als die in Deutschland. Das kann man nicht integrieren, sondern damit muss man rational und empathisch zugleich umgehen. Die unterschiedlichen Erinnerungskulturen müssen daraufhin befragt werden, welches Friedenspotential sie enthalten.

Unter Berücksichtigung nachvollziehbarer nationaler Erinnerungskulturen sollte es im Europa der Zukunft darüber hinaus eine gemeinsame Erinnerungskultur geben, die aus historischer Erfahrung die Erhaltung des Friedens zum Ziel hat. In diesem Sinne müssen wir auch das auf Initiative des französischen Staatspräsidenten Hollande entstandene Denkmal bei Arras verstehen, auf dem die Namen deutscher, französischer und anderer gefallener Soldaten in alphabetischer Reihenfolge verzeichnet sind. Das ist konstruktive Europapolitik.

In dieser Perspektive muss man auch den Einsatz der Bundeswehr, einer Parlamentsarmee, auf fernen Kriegsschauplätzen sehen. Spätestens seit den Völkermorden in Ruanda und Srebrenica wissen wir, dass nicht nur der Gebrauch, sondern auch der Nichtgebrauch von Waffen schuldig machen kann.

Es hat in Mitteleuropa in den letzten Jahrhunderten noch nie eine andauernde Friedenszeit von 73 Jahren gegeben, wie wir sie heute erleben. Dafür sind wir dankbar. Das ist ein Vermächtnis, das die nachwachsenden Generationen, ganz gleich, woher sie stammen, annehmen können und sollten. Wenn es ihnen gelingt, dies für ihre Generationen fortzusetzen, ist viel erreicht. Damit ist in der heutigen Welt der allgemeine Friede noch nicht erreicht. Aber ohne erklärten Friedenswillen erhalten Machtfantasien gleich welcher Art wieder Oberwasser.

Unsere deutsche Verpflichtung bleibt dabei unberührt: Aus den millionenfachen Toten und den politischen Katastrophen unseres Landes und dem sie verursachenden Denken haben wir die Verpflichtung, auf unser Volk sensibler aufzupassen als andere auf das ihre, wie die Historikerin Helga Grebing immer wieder betonte.

Als ich vor einigen Jahren ein von einem britischen Aufklärungsflugzeug aufgenommenes Bild von Auschwitz-Birkenau sah, hatte ich einen Gedanken, der mich seitdem nicht mehr loslässt. Das Bild war am 23. August 1944 gemacht worden und zeigt die klaren Barackenstrukturen des KZ. An einer Ecke steigt der Rauch der verbrennenden Leichen der vergasteten Opfer in die Höhe. Etwa zwei Wochen danach ist mein Vater als Artilleriesoldat 800 Kilometer nördlich in Weißrussland gefallen. Ich hätte ihn gern gefragt, wie

er sich dazu gestellt hätte, wenn er, vielleicht ein tapferer Soldat, davon gewusst hätte. Die gedachte Frage enthält die Antwort.

Denn mit allen Toten des Zweiten Weltkrieges ist der Gedanke verknüpft, das Nichtvergessen als Auftrag zu verstehen: Damit sich nie wieder ereignet, was Paul Celan 1944/45 in einem Aufschrei des Entsetzens in dem wohl bewegendsten Gedicht deutscher Sprache des letzten Jahrhunderts, in seiner Todesfuge, festgehalten hat. Ich zitiere den letzten Absatz:

*der Tod ist ein Meister aus Deutschland
sein Auge ist blau
er trifft dich mit bleiernder Kugel
er trifft dich genau
ein Mann wohnt im Haus
dein goldenes Haar Margarete
er hetzt seine Rüden auf uns
er schenkt uns ein Grab in der Luft
er spielt mit den Schlangen und träumet
der Tod ist ein Meister aus Deutschland
dein goldenes Haar Margarete
dein aschenes Haar Sulamith*

Der Volkstrauertag ist seit 1952 kein verlogener Helldengedenktag, sondern einfach ein Nachdenktag. Und das ist gut so. Aber niemand soll glauben, dass gerade wir in Deutschland in Hoffnungslosigkeit und Pessimismus verbleiben. Die Aufgaben sind groß. Die

Pflicht der Erinnerung ist die Verantwortung für die Zukunft. Und diese ist für uns Europäer nach den Erfahrungen des 30jährigen Krieges im 20. Jahrhundert eine Aufgabe, nicht nur für das Überleben der nachwachsenden Generation, sondern auch für ihr Glück zu kämpfen.

Und die deutsche Geschichte der Demokratie, die genau mit dem Ende des Ersten Weltkrieges vor genau 100 Jahren entscheidende Grundlagen bekam, macht uns Mut, weil wir ihre Gefährdung und Zerstörung auch wie kein anderes Land erfahren haben. Ohne Respekt vor der Würde eines jeden Menschen wird die Zukunft nicht gut gestaltet werden können. Und dieser Gedanke ist sehr alt.

Im Psalm 34, 15 steht der wichtige Satz: "Lass vom Bösen und tue Gutes; suche Frieden und jage ihm nach". Lassen Sie uns alle diese Jagd aufnehmen!

Das Europa der Kriege – das Europa des Friedens

Rede auf einer Veranstaltung
des Landesverbandes Niedersachsen
des Volksbundes am 15. Mai 2019
im Industrie-Club Hannover

Die Wahl zum Europäischen Parlament am 26. Mai 2019 hat den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge veranlasst, eine überparteiliche Kampagne zu starten, die auf den Friedensgedanken hinweisen sollte, der allen europäischen Einigungsbemühungen seit dem Zweiten Weltkrieg und dem Zusammenbruch der kommunistischen Welt zugrunde liegt. Der von mir vorgetragene Gedankengang geht auf die historische Rolle des Krieges in der europäischen Geschichte ein und betont angesichts der Millionen Toten beider Weltkriege, der Zerstörungsgewalt moderner Waffen und der besonderen Verantwortung Deutschlands den Friedensgedanken.

*

Wenige Tage vor der Wahl zum Europäischen Parlament möchten wir als Volksbund auf einen historisch-politischen Zusammenhang hinweisen, der gleichsam hinter allen Europa-Fragen steht. Die Geschichte des europäischen Kontinents ist eine immerwährende Geschichte des Krieges. Der Kampf der Völker, Dy-

nastien, Volksstämme, Reiche oder welcher Formationen auch immer ist das scheinbar selbstverständliche Muster des Zusammenlebens oder Gegeneinanderlebens gewesen. Das mag in den verschiedenen Jahrhunderten immer andere Ursachen und Beweggründe gehabt haben. Aber die Gewalt zur Durchsetzung aller möglichen Ziele erscheint als selbstverständliches Mittel immer präsent.

Deshalb gibt es in den Überlieferungen, seien es schriftliche, mündliche oder musikalische (Lieder) kaum deutliche Spuren eines Friedenswillens. Allenfalls Klagen über Leid und Elend mit sentimental oder religiösen Tönen sind vernehmbar (z. B. „Zogen einst fünf weiße Schwäne...“ oder der bluttriefende Text der Marseillaise). Das galt bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges.

Noch bis zum Ende des 19. Jahrhunderts galt die Eroberung von fremden Territorien, seien es solche in der Nachbarschaft oder in Übersee, als legitimes Unternehmen. Die Begründungen waren vielfältig: Man hielt es für rassistisch gerechtfertigt, man empfand sich als kulturell oder religiös überlegen, historische Gründe wurden angeführt – oder es ging, auch unabhängig davon, einfach nur um Macht und Profit. Das Recht war auf der Seite des Stärkeren.

Und das Ende des 19. Jahrhunderts war die Zeit der auf wirtschaftliche Globalisierung ausgerichteten im-

perialen Strebens der europäischen Länder (Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien). Imperiales Denken war in Russland, Österreich-Ungarn und im Osmanischen Reich allgegenwärtig und gleichsam unbefragbarer Bestandteil des Selbstverständnisses.

Erst die Entwicklung moderner Kriegstechnik und Kommunikation hat dazu geführt, dass eine Diskussion unter europäischen Ländern darüber begann, ob denn alle Mittel in Kämpfen gerechtfertigt sein könnten oder ob es nicht Grenzen militärischer Gewalt gebe. Die Debatte ist bis heute im Gange, wie die vor 14 Tagen in der UNO unter deutschem Vorsitz stattgefundene Tagung zeigt, die die sexualisierte Gewalt gegen Frauen als Kriegsmittel ächten will.

Das erste Ergebnis war der Versuch der sog. Haager Landkriegsordnung von 1907 – interessanter Weise vom zaristischen Russland initiiert –, bestimmte Auswüchse der Kriegführung als unzulässig einzuordnen (Verbot von Tötung sich ergebender Soldaten, des Einsatzes von Giftgas dann nach dem Ersten Weltkrieg, ordentliche Behandlung von Kriegsgefangenen, Schonung der Zivilbevölkerung, ordentliche Begräbnisse getöteter Kriegsteilnehmer usw.).

Dieses Übereinkommen hat sich im Ersten Weltkrieg nur unvollkommen durchsetzen lassen, da es keine international anerkannten Institutionen und Kontrollen gab, die eine Überwachungs- und Ahndungskom-

petenz besaßen. Lediglich das Internationale Rote Kreuz unterband fallweise und unregelmäßig menschenunwürdige Gefangenenbehandlung durch Besuche (vgl. Elsa Brändström: „Unter Kriegsgefangenen in Russland und Sibirien 1914/1920“, Leipzig 1927). Seit dieser Zeit hat sich der Begriff des Kriegsvölkerrechts und sein Gegenteil, nämlich des Kriegsverbrechens, durchgesetzt. Im Laufe des 20. Jahrhunderts wurde dies ausgeweitet und verfeinert. Die Genfer Konventionen von 1927 und 1948 haben dies präzisiert und bekräftigt. Diese Konventionen signalisieren einen Willen, dessen Durchsetzung damit allerdings noch nicht garantiert ist.

Unterschwellig und im Selbstverständnis der kriegführenden Länder wirkt ein Gedanke nach, der jahrhundertlang ist, nämlich die Akzeptierung des Rechts des Siegers, der gemäß seinen Interessen das Recht setzt. Eine solche Rechtssetzung kann auch die Auslöschung einer Herrschaft bedeuten, wie z. B. noch 1866 des Königsreichs Hannover durch Preußen, bei der Abspaltung Belgiens aus dem Habsburger Machtbereich, den sog. Befreiungskriegen oder der Ausrottung ganzer Bevölkerungsteile wie z. B. bei der Eroberung von Städten (Magdeburg 1631) oder bei den geradezu völkermörderischen Aktivitäten wie in den Eroberungszügen des Dschingis Khan oder des Timur Lenk im 14. Jahrhundert. Deswegen hat z. B. das moderne Usbekistan gar keine Bedenken, bis heute den Timur Lenk als großen nationalen Volkshelden zu feiern.

Alle Gewalttaten und grauenhaften Vorgehensweisen schlossen allerdings auch den Gedanken des Vergessens nicht aus. So konnte in den Religionskriegen des Hochmittelalters und der Reformationszeit die Bekehrung zum Glauben der Sieger ein Weiterleben garantieren, aber genauso eine Weigerung die gnadenlose Tötung (Hussittenkriege, Waldenser-Verfolgung) nach sich ziehen. Der konfessionelle Hass konnte sich aber auch in fürchterlichen Massakern entladen wie in der sog. Bartholomäusnacht 1572 in Frankreich.

Bezeichnend ist eine Tatsache am Ende des Dreißigjährigen Krieges. Nach unvorstellbaren Grausamkeiten mit unzähligen Toten standen sich die Parteien erschöpft gegenüber und verhandelten in Münster und Osnabrück über den Frieden. Es ist nicht überliefert, wie es zu dem aus heutiger Sicht kaum nachvollziehbaren Übereinkommen des § 2 des Westfälischen Friedens kam, dass die vertragschließenden Parteien sich gegenseitig eine *oblivio perpetua*, ein ewiges Vergessen, zusprachen. Gemeint waren alle während des Krieges von jeder Seite begangenen Schandtaten, Zwischenergebnisse, Eroberungen und Resultate. Alles wurde auf Null, d. h. auf die Ausgangslage 1618 zurückgestellt. Erst danach wurden die Neuregelungen unter Einschluss territorialer Herrschaft (z. B. Schwedens in Norddeutschland) verhandelt. Es galten fortan die Reglen, über die man sich 1648 einigte. Im Großen und Ganzen haben sie bis 1914 gehalten.

Der Gedanke des ewigen Vergessens erscheint heute unvorstellbar, denn die völkerrechtlich bindenden Verträge der Genfer Konventionen und die schließliche Einrichtung des Internationalen Gerichtshofes für Menschenrechte lassen es eigentlich nicht zu, dass solche Verbrechen ungeahndet bleiben. Demgegenüber sind die Mordtaten in Ruanda vor 25 Jahren und die massenhaften Menschenrechtsverletzungen im Balkan in den 1990er Jahren ein Beispiel dafür, wie schwierig die konkrete Zuordnung der Verantwortung für Kriegsverbrechen auch heute noch ist.

Das Ende des Ersten Weltkrieges mit seinen vielfältigen Friedensschlüssen der Pariser Vororte und Lausanne zeigt heute allerdings, dass der Friede als Siegediktat und ohne Berücksichtigung vieler historischer, kultureller, religiöser, ethnischer und politischer Faktoren nicht von Dauer sein muss und auch Generationen später kriegstreibend sein kann. Auch dann, wenn man im Nahen Osten die Konstellationen von 1919 und 1923 nicht wieder herstellen kann, so bleibt doch die Erkenntnis, dass aktueller und zukünftiger Friede verspielt werden kann, wenn man falsche Friedensverträge schließt.

Von oblivio war am Ende des Ersten Weltkrieges keine Rede, ja nicht einmal ein Gedanke daran, von Kriegsschuld allerdings schon im Artikel 231 des Versailler Vertrages. Dabei handelte es sich aber nur um die Frage der Kriegsschuld, um mit deren Feststellung ein

rechtliches Mittel in die Hand zu bekommen, aufgelaufene Schulden wie die Verpflichtungen Frankreichs und Englands gegenüber den USA in Deutschland einzutreiben. Es war eigentlich im Rahmen der üblichen Praxis, auch den Verlierern von Kriegen bestimmte Lasten aufzuerlegen bzw. Territorien zu annectieren.

Die Behauptung und Realisierung des Interesses des Siegers war im 19. Jahrhundert in alteuropäischer Tradition noch selbstverständlich und ohne moralischen Unterton praktiziert. Selbst den unterlegenen Napoleon I. und auch III. hat man nicht moralisch, sondern politisch verurteilt. Das berühmte Bild, auf dem Napoleon III. und Bismarck nach der Schlacht von Sedan zu sehen sind, spricht in dieser Perspektive Bände.

Mit der Formulierung des Versailler Vertrages zur Kriegsschuld hielt in die Diskussion um den Charakter des Krieges eine ethisch-moralische Dimension Einzug, die in den nationalistisch aufgeladenen Debatten der damaligen Zeit zur Radikalisierung führte. Friedrich Meinecke (1862-1954), der bekannte deutsche liberal denkende Historiker, hat 1946 angesichts des Desasters der deutschen Katastrophe von 1945 darauf hingewiesen, dass es in Deutschland wie in den anderen westeuropäischen Ländern einen Hang zur Selbststilisierung der kulturellen und ethischen nationalen Ehre und Bedeutung gegeben habe, die der

eigentliche Untergrund für die rassistische Auslegung des Deutschtums durch die Nationalsozialisten war. Er formulierte z. B.: „Man mag nun die Unterschiede des damaligen unsozialen Herrengeistes von dem späteren Nationalsozialismus Hitlers noch so stark betonen, – im großen Zusammenhang gesehen war es doch eine Vorstufe von ihm“. (Friedrich Meinecke, „Die deutsche Katastrophe“, Wiesbaden 1946, 6. Auflage 1965, S. 39). Solche Argumentationslinien sind erst langfristig zu erkennen und als Erkenntnisse formulierbar. Sie sind in der Phase 1912-1945 des dreißigjährigen europäischen Krieges, der sich zweimal zu Weltkriegen auswuchs, erkennbar.

Parallel zu den jeweils aktuellen Kriegsentscheidungen und Kriegshandlungen liefen die Bemühungen um die Kodifizierungen rechtlicher Maßstäbe für die Einhaltung von Menschenrechten. Gelungen ist das erst nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Genfer Konventionen.

Die von rechtsnationaler und nationalsozialistischer Seite behauptete Sicht, die Nürnberger Prozesse seien reine Siegerjustiz und deshalb fragwürdig, war natürlich interessegeleitet, knüpfte aber an die alteuropäische Gewohnheit an, politisch Verantwortliche für Kriegshandlungen persönlich nicht zur Rechenschaft zu ziehen. Historisch-politisch gesehen befanden sich die Nationalsozialisten mit ihrem Tun in einem argumentativen Raum, der zwar Kriegsvölkerrecht und

Debatten um Menschenrechte kannte, aber keine Institutionen für die Verfolgung solcher Verbrechen entwickelt hatte.

Die von den Nationalsozialisten und der Wehrmachtsführung praktizierte Kriegführung war auch schon nach damaliger Kriegsvölkerrechtslage völkerrechtswidrig. Denn die willkürliche und bewusst diskriminierende Behandlung der sowjetischen Soldaten als Kämpfende und als Kriegsgefangene wurde rassistisch und kulturell begründet. Und der systematisch betriebene Völkermord an den Juden sowie Sinti und Roma widersprach allem, was bisher vorstellbar war.

Die Erklärung der Menschenrechte, die 1948 offiziell erfolgte, war dann ein ungeheurer humanitärer Fortschritt. Das gilt auch dann, wenn man in Rechnung stellt, dass es keine rechtliche Verpflichtung zur Durchsetzung gibt und einige wichtige Länder wie die USA oder Russland sich rechtlich nicht daran gebunden fühlen. Der Kampf um und für sie ist längst nicht abgeschlossen. Die Errichtung des Internationalen Gerichtshofes für Menschenrechte ist ein wirksamer, wenn auch noch kein rundum erfolgreicher Schritt. Die Verurteilung solcher Kriegsverbrecher wie des Serbenführers Karadžić oder des ugandischen Diktators Idi Amin sind der richtige Weg.

Heute wird Völkermördern, Kriegsverbrechern, Tätern, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit be-

gangen haben, vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag der Prozess gemacht. Wenn man ihrer habhaft wird und dann ein Schuldspruch ergeht, werden sie bestraft. Das ist noch nicht alles, aber schon viel. Gleichwohl verlangt die Besinnung auf die Geschichte der Menschenrechte und Kriege – vor allem auch angesichts der unregulierten Kriege mit Terror und unübersichtlichen Handlungen – die nüchterne Einsicht, dass gute Vorsätze allein wenig nützen und wenig folgenreich sind. Europa kennt alle Formen kriegerischer Auseinandersetzung aus seiner Geschichte, ohne dass daraus ein unbedingter Wille zum Frieden entstanden wäre.

Die Bereitschaft, im politischen Interessenkampf auch kriegerische Mittel einzusetzen, ist – ethisch gesprochen – die Bereitschaft, das Töten als politisches Mittel als gerechtfertigt einzusetzen. Für jede Beurteilung ist allerdings auch der ideologische Begründungszusammenhang mit zu bedenken.

Napoleon war ein Eroberer, seine Feldzüge dienten der Ausweitung seiner und der französischen Macht. Die Soldaten, die für ihn kämpften, taten dies aus Begeisterung oder aus Zwang. Gegen ihn anzutreten war auf zweierlei Weise begründbar: einmal konnten die Verbündeten gegen ihn auf die Alt-Legitimität ihrer feudalabsolutistischen Herrschaft hinweisen, zum andern ließen sich aber auch sog. patriotische Aspekte mobilisieren. Die sog. Befreiungskriege hatten als

mächtigen abrufbaren und verstärkbaren Faktor die Verteidigung des Vaterlandes auf ihrer Seite. Die Schriften von Fichte, Arndt oder Uhland sind begeistert vaterlandsvergötternd und teilweise gewaltbrünstig und fremdenfeindlich. Ludwig Uhlands Lied bringt die Trauer des Soldaten zum Ausdruck, die der Tod eines Kameraden erweckt. Zur Zeit ihrer Entstehung waren die Verse noch in den Kontext eines als durch und durch gerechtfertigt erscheinenden Befreiungskrieges eingebettet. An diese menschliche Trauer und an das Vaterlandsgefühl der Soldaten konnte man auch danach stets anknüpfen. Wir sehen aber auch, wie – in erster Linie im Zweiten Weltkrieg – dies furchtbar missbraucht werden konnte.

Dagegen ist Joseph von Eichendorffs skeptisch-ironische Bemerkung zur Vaterlandsverherrlichung von 1809 auch heute noch weitgehend unbekannt. Sie lautet:

*„Das alte Lied, das spiel ich neu,
da tanzen alle Leute,
es ist die Vaterländerei,
oh Herr, mach uns gescheute!“*

Im Kern haben alle nationalen Befreiungskriege diesen emotionalen Hintergrund, auf den sich seit 200 Jahren „Befreiung“ stützt. Ihnen voraus gehen allerdings die imperialen, nationalen und mit dem nationalsozialistischen Deutschland auch rassistischen Zielsetzungen.

Der Kriegsgedanke, den wir seit dem Zweiten Weltkrieg und der initiativen Rolle Deutschland darin so verderblich und verabscheuungswürdig halten, beinhaltete nicht die Rolle derjenigen, die sich gegen Unterdrückung (Entkolonialisierung), Fremdbestimmung (Vietnam) oder gar gegen kriegstreiberische Mächte wie Deutschland richteten.

Wir haben von 1945 bis 1991 unter der Drohung eines möglichen Nuklearkrieges gelebt. Jeder wusste, dass ein solcher Krieg zu unübersehbaren Konsequenzen und nach Lage der Dinge zu der Verwüstung Deutschlands und Mitteleuropas hätte führen können. Die Szenarien waren alle durchgespielt. Und die Raketen auf dem Deister hätten uns nicht nur geschützt. Auch die von Deutschland so lobenswert grundgesetzlich festgelegte Regel, dass militärische Gewalt von der Bundeswehr nur nach Zustimmung des Parlaments ausgeübt werden darf, hätte nichts genützt. Ein politisches Kalkül, das die Bereitschaft zum Einsatz militärischer Gewalt enthält, ging und geht von dem Gedanken aus, dass die Gewalt nicht angewandt werden muss, sondern die Spielräume für politische Lösungen vergrößert werden. In der Zeit des sog. Kalten Krieges hätte es als gerechtfertigt gegolten, Waffen gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten einzusetzen. Das Wissen um die Gefährlichkeit eines heißen Konflikts war als Abschreckung groß genug, die Katastrophe zu verhindern.

Wir können feststellen, dass die nationalistische Denkweise durch militaristischen Größenwahn und rassistisch-kulturellen Dünkel zur Rechtfertigung von Kriegen zugespitzt werden konnte. Wir Deutsche sind besonders gewarnt. Aber nationalistische Selbstüberhöhung ist auch heute noch nicht überwunden. Wir haben in Deutschland in 100 Jahren fünfmal eine Neuinterpretation unserer Geschichte erlebt, vom Kaiserreich über die Weimarer Republik, die Nazi-Zeit, die geteilte Geschichtsauffassung in der DDR und der Bundesrepublik und jetzt im vereinten Land.

Die Selbstlegitimation der jeweiligen Herrschaft hatte selbstverständlich die jeweilige Bevölkerung bzw. Generation zum Adressaten. Dies sollte uns wachsam sein lassen hinsichtlich der Inanspruchnahme überindividueller Ziele. Es ist daher für ein demokratisches Gemeinwesen wichtig, dass die historisch-politischen Zielsetzungen und Diskurse in allen Bildungseinrichtungen wie Schulen, Hochschulen, Erwachsenenbildungseinrichtungen, der Publizistik und der politischen Debatten sich der strengen wissenschaftlich begründeten Forschung unterwerfen und rational-kritisch Positionen auch kontrovers diskutieren. Nur so ist zu verhindern, dass Geschichtsschreibung zum Herrschaftsinstrument wird. Dieselbe Vorsicht, die wir Deutsche gegenüber solcher historisch-politischen Inanspruchnahme entwickelt haben, haben nicht alle Länder. Sie brauchen sie auch scheinbar nicht. Aber es gehört zur ehrlichen Dis-

kussion, zu bemerken, dass auch nationalistische Rhetorik in Ländern, die sich als „unschuldig“ und heroisch verstehen, nicht verständnisfördernd ist. Das gilt für die Engländer genauso wie für die Länder Ost-Mitteleuropas. Wir haben ihnen vielleicht doch die Erfahrung voraus, dass die „Vaterländerei“ auch missbraucht werden kann und prinzipiell keine argumentativen Grenzen kennt. An Polen und Ungarn kann man dies heute präzise beobachten, auch Serbien ist davon nicht frei.

Ein Europa als Kontinent des Friedens wollte schon Winston Churchill am Ende des Zweiten Weltkrieges. Dieser Gedanke ist also unabhängig von Schuld und Verantwortung für diesen Krieg richtig und sollte bei allen aktuellen Interessenunterschieden nie vergessen werden. Es gibt eine sehr utopisch wirkende Stellungnahme aus dem Jahre 1941, die fast unheimlich aktuell wirkt. Drei italienische, vom Mussolini-Regime inhaftierte Intellektuelle haben auf ihrer Gefängnisinsel Ventotene ein Manifest verfasst, in dem es u. a. heißt: „Nunmehr gilt die Nation nicht mehr als das historische Produkt des Zusammenlebens von Menschen, die infolge eines langen Prozesses zu einer stärkeren Einheitlichkeit der Sitten und Bestrebungen gelangt sind und in ihrem Staat die wirksamste Form sehen, um das Gemeinschaftsleben im Rahmen der gesamten menschlichen Gesellschaft zu gestalten. Sie, die Nation, ist im Gegenteil zu einem göttlichen Wesen geworden, zu einem Organismus,

der ausschließlich seine eigene Existenz und seine eigene Entwicklung im Auge haben darf, ohne Rücksicht darauf, welchen Schaden er dadurch anderen zufügt. Die absolute Souveränität der Nationalstaaten hat zu einem Machtstreben aller gegen alle geführt, sieht sich doch jeder von ihnen durch die Macht des anderen bedroht und betrachtet immer größere Gebiete als den ihm zustehenden Lebensraum, innerhalb dessen er sich freier bewegen und seine Existenz unabhängig von den anderen gestalten kann.“ (Süddeutsche Zeitung 18./19.5. 2019, S. 59)

Die unheilvolle europäische engstirnige national(-istisch)e Einstellung trifft aktuell auf vier neue Dimensionen unterschiedlichen Charakters, auf die die einzelne Nation isoliert gar keinen Einfluss hätte:

1. Die verstärkte Rolle der Religionen, speziell des Islam

Politisch instrumentalisierter radikaler Islam operiert weltweit und setzt den Tod von „Menschen falschen Glaubens“ oder „Ungläubigen“ als gerechtfertigt für seine Aktionen ein. Die Folge sind fast unbeherrschbare kriegerische Auseinandersetzungen, wie die unheilvolle Geschichte des IS zeigt. Aber auch in größeren Zusammenhängen spielt religiöse Dimension eine Rolle, die neuerdings bis an die Atomkriegsdrohung reichen (USA – Iran).

2. Digitalisierung und Cyberkrieg

In bestimmten interessegeleiteten Auseinandersetzungen können über moderne Medien verheerende und unkalkulierbare Folgen ausgelöst werden. Neue Waffen werden entwickelt, die Dimension ist noch gar nicht zu erfassen. Das kann bis zur Zerstörung der digitalen Infrastruktur, bis zum Einsatz autonomer Roboter gehen. In ihnen steckt so viel zerstörerische Kraft, dass ihre Inanspruchnahme den Frieden eines jeden Landes gefährden kann.

3. Die wirtschaftliche engmaschige Abhängigkeit von Ressourcensicherung, Produktion und Handel in globalisierter Formation

Die Abhängigkeit aller Volkswirtschaften von freiem Zugang zu Ressourcen und Absatz trifft auch Europa. Die gegenseitige Stützung in diesem Vorgang sichert unsere Freiheit und unseren Wohlstand. Versuche einzelner Länder, sich hieraus zu lösen, erhöhen die Gefahr langfristiger Zerrüttung (Polen – USA, Baltikum – NATO, Serbien – Russland, Brexit)

4. Die Neujustierung globaler Einflussphären durch die USA, China und Russland mit ihren Auswirkungen auf Asien und Afrika

Sollten sich angesichts der durch Digitalisierung, Mobilität und moderne Waffensysteme geschaffenen

Möglichkeiten einzelne europäische Länder einseitig von ihren Interessen leiten lassen, ohne Rücksicht auf ihre europäischen Nachbarn zu nehmen, erhöhen sie die Wahrscheinlichkeit kriegerischer Auseinandersetzungen, die letztlich auch sie selbst treffen.

Einen Vorgeschmack findet man in der Ukraine, Moldawien, Kosovo, Nordirland, Katalanien, Italien und der ungeklärten Flüchtlingsfrage.

Fazit:

Wenn der Volksbund mit seinem Aufruf „DARUM EUROPA“ über einem Meer von Kriegsgräber-Kreuzen zur aktiven Bejahung eines friedlichen Europa aufruft, dann tut er es nicht aus nostalgischen, unbegründeten Ansichten, sondern aus der Erfahrung der kriegerischen europäischen Geschichte angesichts neuer Probleme.

Kriegsgräber sind keine Fake News. Sie sind Zeugen des Krieges in ganz Europa von Wolgograd bis Flandern, von Kreta bis Narvik. Wir verstehen diese Gräber als Friedensmahnung.

Elend und Glanz in 100 Jahren

Eindrücke nach der Lektüre der neuen Geschichte des Volksbundes (Hettling et. al. 2019)

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge legt zum 100. Jahrestag seiner Gründung im Dezember 1919 die erste von unabhängigen Wissenschaftlern erarbeitete Geschichte seiner Organisation vor. Sie wurde von den Professoren Dr. Manfred Hettling (Halle) und Dr. Wolfgang Kruse (Hagen) sowie dem Kunsthistoriker Dr. Christian Fuhrmeister (München) erarbeitet. Der Schriftsteller und Journalist Bernd Ulrich hat die redaktionellen Teile verantwortet. Das Buch erscheint im Herbst 2019 unter dem Titel „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Entwicklungslinien und Probleme“ im be.bra-Verlag, Berlin.

*

Der Volksbund ist eine private Organisation, die sich nach dem Ersten Weltkrieg der Anlage und Pflege der Gräber deutscher gefallener Soldaten widmete. Die Gründer hatten die Absicht, die staatliche Verantwortung für die Gräber, die nach Art. 225/226 des Versailler Vertrages eigentlich Sache des Staates waren, auf dessen Territorium die Gräber lagen, zu unterstützen. Die Verantwortung für die Gräber lag beim Außenministerium. Dieses hatte nicht genügend Mittel, um die notwendige Arbeit gänzlich zu betreiben.

Daher war die unterstützende Tätigkeit des Volksbundes sehr willkommen. Aber diese Tatsache hatte auch zur Folge, dass der Volksbund gern den Eindruck erweckte, er sei der Alleinverantwortliche. Die Vertreter des Volksbundes erweckten in ihrer öffentlichen Selbstdarstellung den Eindruck, als ob sie die Alleinvertretung für die Anlage und Pflege der Gräber, aber vor allem auch die Betreuung der Angehörigen hätten.

Diese komplizierte Situation wird in der vorliegenden geschichtlichen Aufarbeitung erstmals quellengestützt detailliert dargestellt. Es wird damit der bis in die jüngste Zeit bestehende Eindruck relativiert, als ob der Volksbund allein für die Gräber zuständig gewesen sei und dafür auch die Kosten übernommen hätte. Die staatlichen Instanzen waren im Rahmen ihrer Möglichkeiten aktiv, dieses Engagement wurde in der Bevölkerung allerdings nicht entsprechend wahrgenommen. Daraus ergab sich eine Chance für den dringend auf Geld angewiesenen Volksbund, die dieser in seiner Selbstdarstellung auch konsequent nutzte. Das stärkte sein Renommee in der Bevölkerung. Die allgemeine geschichtsideologische Situation in der Weimarer Republik begünstigte diese Entwicklung.

Die dahinter stehende Mentalität lässt sich aus der geschichtsideologischen Situation der Weimarer Republik erklären. Da die deutsche Bevölkerung einschließlich der Soldaten bis in den Herbst 1918 innerlich nie darauf vorbereitet worden war, dass der Krieg

auch verloren gehen könnte, war die Kapitulation für die Mehrheit der Bevölkerung eine seelisch kaum verkraftbare Situation. Die politisch und militärisch nicht mehr haltbare Situation führte zu Niederlage und Revolution. Da die verantwortlichen Militärs mit Ludendorff und Hindenburg an der Spitze die Verantwortung für die Niederlage nicht übernehmen wollten, mussten die aus der Revolution hervorgegangenen zivilen Vertreter unter der Führung des Reichstagsabgeordneten des Zentrums, Matthias Erzberger, die Kapitulationsurkunde am 11. November 1918 allein unterschreiben.

Die konservativen und nationalistisch bis chauvinistisch orientierten Kräfte inner- und außerhalb des Militärs nutzten diese Situation durch die Propagierung der sog. Dolchstoßlegende, nach der die Vertreter der Revolution den deutschen Soldaten in den Rücken gefallen seien. Die einflussreichen Führungskräfte des Volksbundes bemühten sich, den Mythos des „Im Felde unbesiegt“ zu befördern. Von dem Gedanken, den Weltkrieg und die in ihm unter teilweise grässlichen Umständen umgekommenen Soldaten zu einer umfänglichen Friedensdiskussion heranzuziehen, war man damals weit entfernt. Das galt auch für viele, die eigentlich mit dem kaiserlichen Regime nichts zu tun haben wollten. Die Volksbundführung folgte damit dem Zeitgeist. Das humanitäre Motiv der Begründer des Volksbundes konnte aber auch dazu dienen, die politischen Hintergründe des Krieges und

seiner Opfer und die Verantwortung dafür auszublenen.

In dieser Situation war die Hinwendung zu den Gräbern ein psychologisch eingängiges Motiv, die politischen Hintergründe des Krieges nicht zu problematisieren. Der Geist, in dem im und für den Volksbund gesprochen und Propaganda betrieben wurde, blieb damit anschlussfähig für versteckt und offen revan-chistische Positionen. Dies trat dann auch am Ende der Weimarer Republik ein, sodass die Auslieferung des Volksbundes an die Führerstruktur nationalso-zialistischer Vorstellung keine Schwierigkeit machte. Die Umbenennung des Volkstrauertages in „Helden-gedenktag“ im Jahre 1934 war damit eine logische Schlussfolgerung und traf im gesamten Reich auf ein positives Echo. Der Volksbund war bis zum Krieg ein Sprachrohr nationalistischer Überzeugungen. Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges wandelten sich seine Aufgaben dadurch, dass die Wehrmacht selbst die Anlage von Friedhöfen übernahm.

Während des Zweiten Weltkrieges wurden die gefal-lenen Soldaten unter der Verantwortung von Gräber-offizieren hinter der Front begraben. Die Erken-nungsmarken wurden ihrer Bestimmung nach zur Hälfte beim Begrabenen belassen, zur anderen Hälfte an die Zentrale nach Berlin geschickt. Diese sind er-halten. Deshalb ist die Erkennungsmarke der wich-tigste Teil der Identifizierung. Die genauen Lagepläne

der einzelnen Begrabenen sind für diese Friedhöfe erhalten und ermöglichen weitere Identifizierungen. Allerdings wird man die Gebeine der auf dem ungeordneten Rückzug gefallenen und nicht geordnet begrabenen Soldaten nicht mehr alle finden können.

Der Volksbund nahm in Westdeutschland nach Genehmigung der alliierten Besatzungsbehörden recht bald nach dem Zweiten Weltkrieg seine Arbeit wieder auf. Er hatte zwar viele Mitglieder verloren, konnte aber beim Neuaufbau seiner Organisation bruchlos an den Rückhalt in der Bevölkerung anknüpfen. Zunächst wurde er hauptsächlich finanziert durch Mitgliedsbeiträge und Sammlungen, ab den 1970er Jahren auch durch großangelegte Spendenaktionen. In der SBZ und späteren DDR war er hingegen als „faschistische Organisation“ verboten.

Die undurchsichtige Lage der deutschen Kriegsgräberfürsorge unmittelbar nach 1945 wird allerdings in der wissenschaftlichen Studie zur Geschichte des Volksbundes nicht sehr erhellt. Da der Volksbund in den Westzonen nicht als nationalsozialistische Organisation eingestuft wurde, galt er effektiv als unbelastet und konnte dies den westalliierten Besatzungsbehörden auch so vermitteln. Eine weiter vertiefte Betrachtung der Aktivitäten des Volksbundes unmittelbar nach dem Krieg dürfte lohnenswert sein. Anders als nach dem Ersten Weltkrieg lagen unzählige Grabstätten in Deutschland – noch heute sind es rund

14 000. Der Volksbund beteiligte sich intensiv an der Gestaltung und dem Bau von Friedhöfen im Inland. Eine geregelte Angehörigenbetreuung war ihm aber zunächst nahezu unmöglich. Dies änderte sich erst nach der Verabschiedung des Gräbergesetzes durch den Deutschen Bundestag im Jahre 1952, der offiziellen Übertragung der praktischen Aufgaben der Kriegsgräberfürsorge im Ausland durch die Bundesrepublik an den Volksbund im Jahr 1954 und den bilateralen Staatsverträgen (Kriegsgräberabkommen), in denen der Volksbund entsprechend benannt ist.

Seine Arbeit finanziert der Volksbund bis heute überwiegend aus freiwilligen Zuwendungen der Bevölkerung. Die Kriegsgräberfürsorge im Inland wird durch die öffentliche Hand mittels Gewährung von Pflegepauschalen an die jeweiligen örtlichen Friedhofsträger finanziert. Im Ausland betreute der Volksbund bis 1990 in 24 Ländern insgesamt 329 Kriegsgräberstätten mit 1,4 Millionen Gräbern. Inzwischen sind es 832 Kriegsgräberstätten in 46 Ländern Europas und Nordafrikas. Er unterstützt zudem die Erhaltung und Pflege der Gräber in weiteren über 50 Ländern weltweit.

Erst nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion war es möglich, mit Russland, den anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion und den weiteren Ländern des ehemaligen Ostblocks Gräberabkommen zu schließen. Diese erlaubten es, die auf ihrem Territorium liegenden deutschen Soldaten zu suchen, zu fin-

den und zu begraben sowie den Angehörigen davon Mitteilung zu machen.

Die Gebeine der Toten werden der leichteren und regelmäßigen Pflege der Friedhöfe wegen auf zentralen Friedhöfen bestattet. Dieses Vorgehen erleichtert auch Angehörigenbesuche. Von 1991 bis 2019 hat der Volksbund mit einem gewaltigen, von der Bevölkerung und der Bundesregierung intensiv unterstützten Kraftakt inzwischen rund 950 000 Kriegstote zu bergen und würdig zu bestatten. Diese Arbeit ist noch nicht abgeschlossen.

Mit der Einheit Deutschlands im Jahre 1990 konnten auch in den neuen Bundesländern Landesverbände des Volksbundes gegründet werden. Es ist allerdings nicht gelungen, die Mitgliederzahlen an das Niveau in den westlichen Bundesländern heranzuführen. In der DDR hatten staatliche Stellen die Kriegsgräber, vor allem aber die sowjetischen Gräber und die entsprechenden Denkmäler betreut. Die erkennbaren deutschen Soldatengräber auf den Friedhöfen wurden in der Regel privat oder von den kirchlichen Stellen gepflegt. Eine Ausnahme ist der große Friedhof Halbe südlich Berlin.

Der Volksbund hat mit seinen privaten Mitgliedern und Spendern seit dem Ersten Weltkrieg einen zwar zeitweise umstrittenen, seit langem aber hoch anerkannten humanitären Dienst für die Angehörigen ge-

leistet. Die überwiegende Zahl seiner Förderer hat in dieser Perspektive ihre Sympathie für den Volksbund begründet gesehen.

Die Verantwortlichen des Volksbundes, dessen Funktionsträger häufig schon vor 1945 tätig gewesen waren, vermieden nach dem Zweiten Weltkrieg die Anknüpfung an die früher praktizierte explizite Heldenverehrung und einen positiven nationalistischen Mythos um die Gefallenen. Man kann sogar sagen, dass es offizielle Linie des Selbstverständnisses war, den individuellen Tod der Soldaten vom Gesamtzusammenhang des Charakters des Krieges als eines Angriffs- und im Osten Vernichtungskrieges zu trennen. Der Frage nach eventuellen Verstrickungen einzelner Soldaten oder Offiziere in Kriegsverbrechen konnte damit unter quasi-religiösem Verweis darauf begegnet werden, dass alle Gefallenen bereits vor ihrem Richter, gemeint war Gott, gestanden hätten und es den Nachgeborenen nicht zukomme, nachträglich zu urteilen.

Das ermöglichte es, die komplexe ethische Frage nach der individuellen Rolle des einzelnen Gefallenen zu umgehen. Die nach dem Krieg in Westdeutschland und der Bundesrepublik vorherrschende Lesart, die durch umfangreiche Selbstdarstellungen hoher Offiziere unterstützt wurde, dass die Wehrmacht mit den Verbrechen des Nationalsozialisten nichts zu tun gehabt habe und in diesem Sinne „sauber“ gewesen sei,

war dominant. Gegenteilige Positionen, die im Volksbund in internen engagierten Debatten formuliert wurden, fanden allerdings niemals einen Weg in offizielle Stellungnahmen.

Die im Zuge der „Wehrmachtsausstellung“ in vielen Länderparlamenten und im Deutschen Bundestag im Mai 1997 stattgefundenen Grundsatzdebatten um die Rolle der Wehrmacht wurden im Volksbund zwar diskutiert, fanden aber nach außen kaum Resonanz. Damit begab sich der Volksbund seit den 1960er Jahren und den Prozessen um die Täter der Konzentrationslager zunehmend in eine erinnerungspolitische und historische Isolation. Entsprechend wurde er in Teilen der Fachwelt als reaktionär und geschichtverschleiernd wahrgenommen. Daran änderte auch die durchweg lobenswerte Arbeit mit Jugendlichen nichts, die seit den 1950er Jahren unter der Losung „Versöhnung über den Gräbern“, bald ergänzt durch „Arbeit für den Frieden“, in Jugendlagern (heute „Workcamps“) an der Pflege auf deutschen Soldatenfriedhöfen in fast allen Ländern stattfand. Zu den Workcamps trat die Arbeit in seinen vier großen Jugendbegegnungsstätten – Ysselstein (Niederlande), Lommel (Belgien), Niederbronn (Frankreich) und auf Usedom (Deutschland) – hinzu.

Und dabei hätte es schon viel früher die Möglichkeit gegeben, über die Opfer-Täter-Problematik nicht nur nachzudenken, sondern auch eine öffentliche Position

zu entwickeln. Denn die Definition „Kriegsgrab“ sollte sich nach dem Gräbergesetz nicht nur auf die Soldatengräber, sondern auch auf die Grabstätten von KZ-Opfern, Kriegsgefangenen, Bombenopfern, Vertriebenen, Zwangsarbeitern, Euthanasieopfern und anderen als eindeutig durch Kriegsumstände verursachten Todesarten ganz gleich welcher Herkunft beziehen. Diese Kriegsgräber befinden sich überwiegend in Deutschland und unterliegen der Fürsorge durch die Friedhofsträger wie Gemeinden oder Kirchengemeinden.

Die öffentlich sehr beachtete Tatsache, dass auf dem Soldatenfriedhof in Costermano am Gardasee drei schwerstbelastete Massenmörder liegen, wurde nicht systematisch aufgegriffen, der Volksbund agierte hilflos. Es wurde gefordert, diese Toten dort zu entfernen, es wollte allerdings niemand in Deutschland oder Italien die Verantwortung für ihre Gebeine übernehmen. So ruhen sie immer noch dort. Ihre Namen auf den Grabsteinen werden nicht besonders hervorgehoben. Die Rolle der Begrabenen wird in einer kurzen Geschichtsdarstellung im Eingangsbereich des Friedhofs erläutert. Abgesehen von praktischen Fragen von Aus- und Umbettungen zahlloser möglicher Täter stellt sich die Frage, ob es richtig sein kann, in unserer von antiken und christlichen Vorstellungen geprägten Kultur einem Menschen, ganz gleich, ob Heiliger oder Sünder, ein Grab zu verweigern. Es ist vielmehr sinnvoll und gedanklich ertragreicher, sich mit Handlungen und Begründungen von Kriegsverbrechern zu

beschäftigen, um mögliche Wiederholungen auszuschließen.

Auch die „Wehrmachtsausstellung“ führte nicht zu einer differenzierten Betrachtungsweise. Unter Verweis auf einzelne dokumentarische Fehler der Ausstellung wurde eine Auseinandersetzung um die Rolle der Wehrmacht im Kontext nationalsozialistischer Verbrechen abgelehnt.

Die erste nachhaltige Beschäftigung des Volksbundes mit anderen Kriegsoptionen als den deutschen Soldaten fand durch das beachtliche Engagement des Volksbundes (unter der aktiven Förderung seines Präsidenten Karl-Wilhelm Lange) bei der Errichtung der Gedenkstätte Bikernieki bei Riga in den Jahren 1999 bis 2001 statt. Dort liegen Zehntausende ermordeter Juden, die aus Deutschland und Österreich, der damaligen „Ostmark“, dorthin verfrachtet und umgebracht worden waren.

Weil die Auseinandersetzung um die Gräber der in Costermano bestatteten Kriegsverbrecher nach 1987 in Deutschland weiterschwelte und es in Italien zu Protesten kam, regte Präsident Reinhard Führer im Jahre 2005 die Gründung eines Wissenschaftlichen Beirates an. Dessen Leitung übernahm der Vorsitzende des Landesverbandes Niedersachsen, Prof. Rolf Wernstedt. Der Beirat sollte Vorschläge zur Beilegung des für das Ansehen des Volksbundes so schädlichen Konflikts er-

arbeiten. Dies gelang im Jahre 2006 schließlich auch, mit Hilfe des Auswärtigen Amtes, des Instituts für Zeitgeschichte in München und des Deutschen Historischen Instituts in Rom. Die Arbeit des Beirates wurde danach, zu großem Nutzen des Volksbundes, fortgeführt. Aktuell steht er unter Leitung des bekannten Zeithistorikers Prof. Dr. Sönke Neitzel.

2005 fand eine vom Landesverband Niedersachsen initiierte Tagung in der Evangelischen Akademie Loccum statt, die unter dem Titel „Soldaten und andere Opfer? Die Täter-Opfer-Problematik in der deutschen Erinnerungskultur und das Gedenken an die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“ stand (Loccumer Protokolle, Band 73/05). Man kann dies als einen Startschuss für die Diskussion im Volksbund betrachten, wie man mit der Wehrmachtsverantwortung für die Opfer des Nationalsozialismus umgehen solle, ohne alle Soldaten unter einen Pauschalverdacht zu stellen.

Ein Seminar des Landesverbandes Hessen in der evangelischen Akademie Arnoldshain im Januar 2007 („Möglichkeiten und Grenzen kollektiver Erinnerung: Ambivalenz und Bedeutung des Kriegsoffer-Gedenkens“, Arnoldshainer Texte 140) und vor allem eine Tagung im hessischen Landtag vor dem Bundesvertretertag des Volksbundes im Dezember 2010 brachte die erinnerungspolitische Debatte in alle Landesverbände. Der Bundesvertretertag des Volksbundes setzte Ende

2011 unter Leitung des stellvertretenden Präsidenten Volker Hannemann eine Arbeitsgruppe ein, die für alle Landesverbände offen war. Diese entwickelte nach gründlicher Analyse Empfehlungen, die vom Bundesvertretertag Ende November 2012 angenommen wurden.

Nach den Worten des damaligen Präsidenten Reinhard Führer sollte es zu einem „zeitgemäßen Umgang mit einer Gedenkkultur“ führen, die sich in der öffentlichen Teilnahme an der historisch-politischen Bildung im Sinne der Friedensarbeit versteht. „Der Volksbund ist mehr als nur ein landschaftsgärtnerischer Verein“, hatte der Präsident 2010 gesagt.

Seitdem sind die in neun Themenkomplexe gegliederten Empfehlungen der Arbeitsgruppe Hannemann Grundlage für das Selbstverständnis und das Handeln des Volksbundes. Sie werden nicht in allen Landesverbänden gleich umgesetzt, weil es nach wie vor unterschiedliche Schwerpunkte in der Gedenkarbeit gibt. Nichtsdestoweniger war aber das Hannemann-Papier Grundlage für das neue Leitbild des Volksbundes, dessen Entwicklung der Präsident Markus Meckel 2015 initiiert hatte. Dieses Leitbild wurde gemeinsam mit der sog. Göttinger Erklärung auf dem Bundesvertretertag des Volksbundes im September 2016 mit sehr großer Mehrheit verabschiedet. Es handelt sich hier um eine geistige Präzisierung der Erinnerungsarbeit des Volksbundes. Der Volksbund ist da-

mit ein selbstbewusster Akteur im deutschen erinnerungspolitischen Diskurs, der alle Toten der Weltkriege und ihre jeweils spezifischen Schicksale und Verantwortungsdimensionen im Blick hat.

Seine Erfahrungen in der Gräbersuche und -pflege und seine Konfrontation mit der materiellen und kulturell-ethischen Dimension des Todes im Krieg verhindern unzulässige Vereinfachungen und die Indienstnahme der Toten als schweigende Zeugen für undifferenzierte und extreme politische Positionen.

Trauer hat vielfältige Formen, Erinnerung und Gedenken sind kulturgebunden. Individuelle und kollektive Trauer, Erinnerung und Gedenken um und an die Kriegstoten hängen dennoch zusammen. Wir können unter dieser Prämisse nicht anders als eine beunruhigende öffentliche Dimension von Verantwortung, Schuld, Verstrickung, Irrtum, Widerstand und Nachdenken zu erkennen – was freilich nicht heißt, dass damals, in schweren Zeiten, erwiesene persönliche Tapferkeit und Menschlichkeit nicht auch heute noch Respekt verdienen.

Dieses Selbstverständnis leitet heute den Volksbund. Es steht in – nicht immer harmonischer – Beziehung zu den Erinnerungskulturen anderer Länder, ob sie nun zu den Siegern gehörten oder nur Opfer waren.

Bisher in „Volksbund Forum“ erschienen

- Band 1: „Darf der Rote Baron wieder Held sein?“ Politisch-wissenschaftliches Kolloquium in der Jerusalemkirche, Berlin, 16. Oktober 2008; Kassel 2008.
- Band 2: Rolf Wernstedt: Deutsche Erinnerungskulturen seit 1945 und der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.; Kassel 2009.
- Band 3: Den Frieden gewinnen. Ansprachen zum Volkstrauertag 2009; Kassel 2009.
- Band 4: Gemeinsam erinnern. Beiträge aus dem Workshop „Gedenkkultur und Zukunftsperspektiven im Bereich der universitären Ausbildung“, Wolgograd, 25. Juni 2009; Kassel 2010.
- Band 5: Vertrauen ist etwas Kostbares. Ansprachen zum Volkstrauertag 2010; Kassel 2011.
- Band 6: Tätiges Erinnern. Ansprachen zum Volkstrauertag 2011; Kassel 2012.
- Band 7: Zwischen Usedom und Uznam. Die Geschichte der deutsch-polnischen Grenze 1945-1951; Kassel 2012.
- Band 8: Zur Konkurrenz der Erinnerungskulturen in Deutschland, Frankreich und Polen; Kassel 2012.
- Band 9: Frieden ist ein Privileg. Ansprachen zum Volkstrauertag 2012; Kassel 2013.

Bisher in „Volksbund Forum“ erschienen

- Band 10: Erinnern und Gedenken sind keine Momentaufgabe: Tagungsband des 1. Symposiums des Riga-Komitees in Magdeburg; Kassel 2013.
- Band 11: Für die Zukunft Europas. Ansprachen zum Volkstrauertag 2013; Kassel 2014.
- Band 12: Stehengebliebene Lebensuhren. Frankfurt am Main im Bombenkrieg; Kassel 2014.
- Band 13: Frieden muss strukturell verankert sein. Landtag Baden-Württemberg: Gedenkveranstaltung 100 Jahre Erster Weltkrieg; Kassel 2014.
- Band 14: Der Erste Weltkrieg – Zwischen nationalgeschichtlichem Paradigma, populärer Erinnerungskultur und europäischer Integration. Beiträge aus dem Symposium vom 7. bis 9. Mai 2014 in Berlin; Kassel 2014.
- Band 15: Können Feinde zusammen trauern? Reden zum Volkstrauertag 2014 und zum Beginn des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren; Kassel 2014.
- Band 16: Was kümmert uns der Krieg von gestern? Perspektivenwechsel im Gedenken an die Toten der Weltkriege; Kassel 2015.
- Band 17: 70 Jahre Ende des Zweiten Weltkrieges. Ausgewählte Gedenkreden zum 8. Mai 1945; Kassel 2015.

Bisher in „Volksbund Forum“ erschienen

- Band 18: „Die Gemeinschaft der Demokraten ist stärker als die Internationale des Hasses“. Reden zum Volkstrauertag 2015; Kassel 2016.
- Band 19: Gedenken und Erinnerung in die Zukunft tragen. Verleihung des Deutschen Nationalpreises 2016 an den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge; Kassel 2016.
- Band 20: Frieden, Vertrauen und Versöhnung. Reden zum Volkstrauertag 2016; Kassel 2017.
- Band 21: Im Rücken der Geschichte. Das Schicksal von Ostpreußens Wolfskindern; Kassel 2017.
- Band 22 Plädoyer für ein gemeinsames Gedenken. Reden zum Volkstrauertag 2017; Kassel 2018.
- Band 23 100 Jahre nach dem Ersten Weltkrieg. Reden zum Volkstrauertag 2018. Kassel 2019.
- Band 24: 100 Jahre Volksbund in Aachen. Gründung und frühe Jahre des ersten rheinischen Ortsverbandes. Kassel 2019.
- Band 25 Ehren? Gedenken? Trauern? Erinnern? Gedanken zur Kultur der Erinnerung in Deutschland und der Rolle des Volksbundes. Kassel 2019.
- Band 26: Die nicht wiederkehrten. (Neuaufgabe eines Gedenkbuches für Tote des Ersten Weltkrieges aus Schönberg/Meckl.). Kassel 2019.

Impressum

Herausgeber

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.

Werner-Hilpert-Straße 2, 34117 Kassel

Telefon: 0561-7009-0, Telefax: 0561-7009-221

E-Mail: info@volksbund.de

Spendenkonto

Bank: Commerzbank Kassel

IBAN: DE23 5204 0021 0322 2999 00

BIC: COBADEFFXXX

Verantwortlich

Daniela Schily, Generalsekretärin

Gestaltung und Satz

Dr. Martin Dodenhoeft

Druck

strohmeier dialog.druck, Wehretal, 2019-1,0

Titelbild

Britische Luftaufnahme (Ausschnitt) des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau, entstanden am 23. August 1944; deutsche Soldatengräber des Zweiten Weltkrieges in Ysselsteyn/Niederlande.

Gefördert durch

Lützowufer 1, 10785 Berlin

www.GedenkenundFrieden.de

info@GedenkenundFrieden.de

Tel. 0800 - 7777 - 001

Fax 0561 - 7009 - 221



**Stiftung
Gedenken
und
Frieden**

Es gibt kein Land auf der Erde, in dem die Erinnerung an Kriegstote so lange, so kontrovers und ernsthaft geführt wurde und wird wie in Deutschland. Das liegt an an der spezifischen Rolle, die Deutschlands Verantwortung im Zusammenhang des Ersten Weltkrieges und Deutschlands Schuld am Zweiten Weltkrieg mit all seinen Folgen spielt.

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge ist die einzige Organisation, die es mit allen Kriegstoten zu tun hat, mit Opfern, Tätern und solchen Menschen, die beides waren oder wurden. Das Denken im Volksbund geht immer vom Kriegsgrab aus und ist damit nicht nur mit dem individuellen Tod konfrontiert, sondern mit den Kriegen, ihrer Entstehung, ihrer Verantwortung, ihrem Verlauf und ihren Folgen. Der Volksbund hat dadurch die Verpflichtung, die allgemeine und die individuelle Verantwortlichkeit zu diskutieren und historisch-politisch einzuordnen. Der Friededanke ist dabei das Fundament seines Handelns und Denkens. Darüber nachzudenken ist Gegenstand der in diesem Band befindlichen Texte.

Inhalt dieses Buches

- Was kümmert uns der Krieg von gestern?
- Erinnern für die Zukunft – Arbeit für Versöhnung und Frieden
- Die Kultur der Erinnerung – Eckpfeiler bundesdeutscher Identität
- Kollektivschuld, Verantwortung, Strafe und Vergebung in der Bibel
- Erinnern – Gedenken – Lernen
- Die Kapitulation der Wehrmacht für den norddeutschen Raum, die Niederlande und Dänemark am 4. Mai 1945 am Timeloberg bei Lüneburg
- Über Trauer und Verbrechen und die Unauflöslichkeit von Widersprüchen
- Gedenken am Volkstrauertag ist nicht individualisierbar – die Wahrheit ist das Ganze
- Das Europa der Kriege – Das Europa des Friedens
- Elend und Glanz in 100 Jahren